

# Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 37. Jahrgang  
AZB 5332 Rekingen / Postcode 1      Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–      Erscheint monatlich      Nr. 6 2002

## Erpresste Solidarität

**Démocrate**  **Suisse**  
Pages 13–15

 **Nein zur «Stiftung Solidarität Schweiz»**  
**Ja zur Initiative «überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds»**



Rudolf Keller,  
e. Nationalrat  
und SD-Zentralpräsident,  
Frenkendorf

Im März 1997 stand unser Land mitten in den heissen Diskussionen um die Zweitweltkriegs-Schuldfrage. Das politische Klima war äusserst angespannt und unser Land wurde von der amerikanischen Westküste ohne Unterbruch unter Druck genommen, böswillig angeschuldigt, verleumdet und zu Wiedergutmachungszahlungen wegen unserer angeblichen Kriegsschuld gedrängt.

Dies obwohl man bereits eine Historikerkommission (Bérgier) eingesetzt hatte, welche die historischen Hintergründe untersuchen sollte. Und milliardenschwere Wiedergutmachungszahlungen wurden auch schon beschlossen.

Damals wie heute litten wir an einem grossen Problem. Den Bücklingsmachern in Bern, an schwachen Bundesräten, welche meinten, jedem Druck aus dem Ausland nachgeben zu müssen.

Aus dieser Geisteshaltung heraus entschloss sich der Bundesrat in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zu einer für ihn wie ein Befreiungsschlag wirkenden Ankündigung: Die sogenannte «Solidaritätsstiftung» sollte gegründet werden. Zusätzlich zu den bereits beschlossenen Zahlungen sollte die Schweiz etwas tun, was kein anderes Land der Welt bisher getan hatte, noch und noch zahlen und zahlen und zahlen...



Man musste fast meinen, unser Land habe den Zweiten Weltkrieg geführt und müsse nun Reparationszahlungen leisten. Und das dazu nötige Geld sollte aus den überschüssigen Goldreserven genommen werden, welche unsere Nationalbank angeblich völlig unnötig angehäuft habe. Das überschüssige Gold müsse für diesen Zweck auf dem internationalen Goldmarkt verkauft und der Erlös in die Stiftung eingebracht werden.

Sie wollten die Golddeckung ganz abschaffen

In der ganzen Menschheitsgeschichte nahm Gold eine zentrale Rolle ein. Gold wurde und wird für Schmuck gebraucht. In der Bibel steht vom Tanz ums goldene Kalb geschrieben. Im Märchen kommt die Goldmarie vor. An der Fasnacht ist die Goldplakete die teuerste und wertvollste. Wer in Kriegen Goldschätze plündern konnte, war ein gemachter Staatsmann. Und nicht zuletzt sind viele Schweizerinnen und Schweizer stolz darauf, ein Goldvreneli in ihrem Besitze zu wissen. **Gold war und ist also immer etwas Besonderes.**

Weshalb also diese Erkenntnis auf Spiel setzen? Schon bei den Beratungen um die neue Bundesverfassung wollte der Bundesrat die Golddeckung unserer Währung gänzlich streichen. Und der damalige Nationalrat Pascal Couchepin kämpfte wie ein Löwe dafür.

Es war nur dem massivsten Widerstand von Nationalrat Ueli Schlüer und mir zu verdanken, dass schlussendlich eine teilweise Golddeckung in der Bundesverfassung beibehalten wurde.

Dennoch lockerte das Parlament nachher die Golddeckung auf gesetzlichem Wege erheblich und man konnte somit beginnen, Gold zu verkaufen. Und dies, obwohl der Bundesrat zur Goldfrage, am 3. März 1997, (Antwort auf eine

## Wir bekämpfen die «Solidaritätsstiftung»

Die SD haben an der schweizerischen Delegiertenversammlung in St. Gallen beschlossen, mit allen Mitteln die «Solidaritätsstiftung» zu bekämpfen. Um dies mit Veranstaltungen, Flugblättern und Inseraten tun zu können, appellieren wir an Sie alle, **uns mit Spenden aktiv zu unterstützen.**

Postcheckkonto 80-2270-0, Schweizer Demokraten, Zentralkasse.

Helfen Sie uns, jeder einbezahlte Franken zählt und hilft uns weiter in diesem wichtigen und prestigeträchtigen politischen Kampf. Danke!

Die schweizerische Delegiertenversammlung hat für die Volksabstimmung vom 22. September 2002 folgende Parolen beschlossen:

- Nein zur «Stiftung Solidarität Schweiz»
- JA zur Initiative überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds
- Stichfrage: Ja zur AHV-Gold-Initiative

namens der SD, Nationalrat Bernhard Hess, Bern

Interpellation Tschopp – Gold für die NEAT-Finanzierung einsetzen) noch eine negative Haltung zu Goldverkäufen kund tat. Er schrieb unter anderem:

«...ob es sinnvoll ist, den Goldbestand der Schweizerischen Nationalbank, welcher als Reserve für Notsituationen gedacht ist, für ein Infrastrukturprojekt wie die NEAT zu veräussern. Ein solches Vorgehen kommt einem Verscherbeln des Familiensilbers gleich und könnte die dringend zur Beseitigung des strukturellen Defizits notwendige Ausgaben- disziplin untergraben.»

Um es also deutlich zu sagen, der Bundesrat schrieb drei Tage vor Ankündigung der erpressten «Gold-Solidaritätsstiftung», dass man Gold nicht verscherbeln sollte! Am 5. März 1997 hatte das alles keine Gültigkeit mehr. Und von solch wankelmütigen Politikern werden wir registriert!

Ist die «Solidaritätsstiftung» erpresst?

Am 5. März 1997 erklärte Bundespräsident Arnold Koller zum Einsatz der Erlöse der «Solidaritätsstiftung» vor der Vereinigten Bun-

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 3 SD für eine andere Solidarität
- 4 Mathematik im Wandel der Zeit
- 4 UNO-Sondersession Kind
- 5 Pro Armeemuseum
- 6 Wir Deutschschweizer und das Tessin
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

## Multikulturelle Zeitbombe

Fortsetzung von Seite 1

desversammlung unter anderem: **«Unser Land sieht sich unerwartet einer heftigen internationalen Kritik ausgesetzt. Wir werden seit einigen Monaten mit Vorwürfen, Anklagen, Verdächtigungen und Pauschalurteilen wegen unseres Verhaltens vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg überhäuft. Man wirft uns Unehrlichkeit, Sturheit und Überheblichkeit vor. Das Ansehen unseres Landes ist angeschlagen, weil weltweit der Eindruck erweckt wird, die Schweiz habe sich im Krieg bereichert, vom Krieg profitiert und ihre Banken hätten fünfzig Jahre lang versucht, Vermögen von Holocaust-Opfern zum eigenen Nutzen zurückzubehalten. Unterschwellig wird damit geltend gemacht, der schweizerische Wohlstand beruhe im Grunde auf Hehlerlei und sei nur auf Kosten anderer möglich gewesen.»** Diesen Worten zur sogenannten «Solidaritätsstiftung» gibt es eigentlich nicht mehr viel beizufügen. Sie beweisen, dass es darum geht, dem Erpressungsdruck aus dem Ausland nachzugeben.

**Wörtlich fügte Bundespräsident Arnold Koller dann noch hinzu, dass die Stiftungszweck unter anderem auch «für Opfer des Holocaust oder deren bedürftigen Nachkommen» gedacht sei.** Am 6. März 1997 wurde dies nochmals durch ein Schreiben des Pressedienstes des Eidgenössischen Finanzdepartements bestätigt.

Ich sass bei der Abgabe der bundesrätlichen Erklärung als Nationalrat im Saal und wusste nicht, was uns der Bundesrat ankündigen würde. Es sagt alles aus, dass an diesem Tag auch der Zürcher **Sigi Feigel** auf der Nationalrattribüne sass. Anschliessend führte er, ich stand drei Meter daneben, in der Wandelhalle mit Christoph Blocher ein Disput und bemerkte gegenüber der Zeitung «Blick» (mit Photo belegt): **«Die 50 Millionen, die die Juden für ihre Flüchtlinge im Krieg selber bezahlen mussten, waren gesparte Steuergelder.» Und diese sollen nun sinngemäss mit der «Solidaritätsstiftung» wieder zurückbezahlt werden.** Es ist damit ganz klar dokumentiert, dass die «Solidaritätsstiftung» das Resultat der damaligen Erpressungen ist.

### Frau Ruth Dreifuss ging damit hausieren

In der «Sonntags-Zeitung» vom 14. März 2002 lesen wir dazu: «Stuart Eizenstat ist ehemaliger Unterstaatssekretär in der Administration Clinton und Verfasser des berühmten Reports der 1997 die These der Kriegsverlängerung durch die Kooperation der Schweiz

mit Nazi-Deutschland aufstellte. Er erklärte am 9. Februar 2000 vor dem Finanzausschuss des Repräsentantenhauses, **dass die damalige Bundespräsidentin Ruth Dreifuss ihm versichert habe, dass die Stiftung auch Überlebende des Holocausts unterstützen könne.** Diese Zusage der Bundesrätin hätten er und der damalige US-Vizepräsident Al Gore im Januar 1999 während des Weltwirtschaftsforums in Davos erhalten.» Und weiter lesen wir in dem fundierten Artikel: «Zum gleichen Schluss gelangt auch der bekannte Zürcher Wirtschaftsanwalt Werner Stauffacher. Er ist Mitbegründer der Gemeinschaft zur Unterstützung der «Stiftung solidarische Schweiz» und klärte insbesondere in den USA ab, wie die geplante Stiftung verstanden wird. Stauffacher zeigte sich besorgt darüber, **dass die jüdischen Organisationen davon ausgehen, die Stiftung werde trotz des Bankenvergleichs namhafte Beiträge zu Gunsten von Holocaust-Opfern und deren Verwandten sprechen.»**

Wenn der Bundesrat heute schriftlich und mündlich erklärt, dass die sogenannte «Solidaritätsstiftung» mit den ganzen Diskussionen um die Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs nichts zu tun hat, dann lügt er. Er lügt, und dies in Kenntnis der effektiven vorhin abgehandelten Fakten!

Vor dieser «Solidaritätsstiftungs»-Lüge hat der Bundesrat nun Angst, deshalb haben sie die Abstimmung darüber jahrelang verschleppt. Sie befürchteten mit Recht ein Volksnein.

### Was will diese «Solidaritätsstiftung»?

**In allen Abstimmungs-Unterlagen und den dem Parlament zur Verfügung gestellten Unterlagen wird die Stiftung nun plötzlich neu situiert.** Die «Solidaritätsstiftung» sei ein humanitäres Werk, keine Wiedergutmachung etwa für die Folgen des Holocausts usw. Der wichtigste Teil des Abstimmungstextes lautet:

«Der Erlös aus dem Verkauf von 1300 Tonnen Gold der Schweizerischen Nationalbank wird einem rechtlich selbstständigen, vom Bundesrat auf dem Verordnungsweg zu errichtenden Fonds übertragen. Das Fondsvermögen muss in seinem realen Wert erhalten bleiben. Seine Ausschüttungen gehen während 30 Jahren zu je einem Drittel an die AHV, an die Kantone und an eine durch Gesetz zu errichtende Stiftung (Redaktion: Stiftung Solidarität Schweiz).»

Nebst der Erkenntnis, dass diese Solidaritätsstiftung ein erpres-

sisches Werk ist, muss sie auch aus folgenden Gründen abgelehnt werden:



– **Unser Land hat bereits viele Hilfsorganisationen** wie das internationale Rote Kreuz, viele staatliche und private Hilfswerke, die Berghilfe, die Glückskette usw. Weshalb soll nun zu all diesen Organisationen mit der «Solidaritätsstiftung» noch eine weitere Organisation dazukommen?

– **Für diese «Solidaritätsstiftung» wurde ein 4-seitiges Gesetz mit Reglementen Besoldungsreglement und Geschäftsordnung geschaffen. Zusätzlich benötigt man noch eine bundesrätliche Verordnung.** Die Bürokratie lässt grüssen. Ein Stiftungsrat wird eingesetzt, Aufsichtsgremien geschaffen und natürlich gehört auch eine Geschäftsleitung mit entsprechenden Büros und Angestellten dazu. Wie viel Geld versickert da wohl in der Administration?

– **Weshalb sollen die Erlöse des Fonds aus dem Nationalbankvermögen, das allen gehört, zu einem Drittel den Kantonen übermacht werden.** Die Kantone sind völlig frei in deren Verwendung. Sie können mit diesem mühsam während Jahrzehnten angesparten Geld machen was sie wollen – auch unvernünftige Dinge. Kann das wirklich der Zweck dieser Übung sein?

– Wäre es nicht gescheiter, allfällig vorhandene Überschüsse in die AHV zu geben, was dann allen solidarisch zugute kommen würde?

### Weshalb Ja zur AHV-Gold-Initiative?

Unser Nein zur «Stiftung Solidarität Schweiz» ist unter Kenntnisnahme all dieser Fakten klar und selbstverständlich. Nun wurde als Alternative dazu eine Volksinitiative eingereicht. **Und nur mittels dieser Volksinitiative kann die «Solidaritätsstiftung» verhindert werden.** Sie verlangt einen neuen Art. 99 Abs 3a BV:

«Werden Währungsreserven für die geld- und währungspolitischen Zwecke nicht mehr benötigt, so sind diese oder deren Erträge von der Nationalbank auf den Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung (Redaktion: Gemeint ist die AHV) zu übertragen.»

– Die Überlegung ist die, dass Goldreserven dem Volksvermögen

zugeordnet werden müssen. **Und Volksvermögen gehört am sinnvollsten in das grösste Solidarwerk, das unser Land hat, in die AHV.** Alle Volksschichten können davon profitieren und das Geld versinkt nicht irgendwo im Ausland und nicht noch teilweise in bürokratischen Kanälen.

– **Für die AHV ist keine neue Bürokratie aufzubauen wie bei der sogenannten «Solidaritätsstiftung».** Es besteht bereits eine bewährte Organisationsstruktur.

– Wir wissen alle, dass man in der **AHV Finanzierungsprobleme** hat. Da ist es nur sinnvoll, zur Absicherung unserer Renten – ausserhalb der Steuergelder – so viel Reserven wie möglich einzuschliessen. Wir alle wären froh, wenn damit die durch uns zu bezahlenden Steuern/Abgaben an die AHV so tief wie möglich gehalten werden können.

– **Die Initiative hilft also mit, die AHV abzusichern.** Alt und Jung können davon profitieren.

### Schlussfolgerungen

Die «Solidaritätsstiftung» ist auf einem zweifelhaften Fundament aufgebaut. Dem Bundesrat muss ins Stammbuch geschrieben werden: Wer die Wahrheit vertuschen will, der wird unweigerlich eines Tages scheitern. Das bedeutet, dass wir uns durch falsche Behauptungen nicht bange machen sollen. Am verheerendsten wäre ein doppeltes Nein.

**Am sichersten ist das Ja zur AHV-Gold-Initiative. Dazu rufe ich alle auf. Gehen Sie am 22. September 2002 an die Urnen: Es ist wieder einmal an der Zeit, Flagge und Rückgrat zu zeigen.**



# SD für eine andere Solidarität!

## Nationalratsvotum



*Bernhard Hess,  
SD-Nationalrat, Bern*

**Die Währungs- und Aktienmarktentwicklungen nach den schrecklichen Terroranschlägen belegen eindrücklich, dass Gold in Krisenzeiten der einzige stabile Wert ist.**

Jede Bewirtschaftung von Währungsreserven oder auch eines Stiftungskapitals ist gerade in weltpolitisch unstillen Zeiten mit erheblichen Risiken verbunden. Somit gibt es keinen einzigen vernünftigen Grund, jetzt ohne Not unsere Goldreserven auf dem Markt zu verscherbeln und in eine unwürdige Solidaritätsstiftung zu investieren. **Der Goldbestand unserer Nationalbank soll weiterhin als Reserve für Notsituationen oder allenfalls rein für die AHV verwendet werden.** Bei einem Schuldenberg des Bundes von über 100 Milliarden Franken und bei jährlich anhaltenden Milliardendefiziten ist zusätzliche Solida-

rität nach aussen hin nicht zu verantworten. Die staatlichen und insbesondere die privaten Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Finanzhilfe an das IKRK, Sonderleistungen des Staates und der Nationalbank im Rahmen der Weltbank und des Weltwährungsfonds sowie das Flüchtlings- und Asylwesen lassen sich im internationalen Vergleich durchaus sehen. Studien haben ergeben, dass von den sieben Millionen Einwohnern der Schweiz über 580 000 unter der Armutsgrenze leben.

Solidarität hat deshalb folgende Prioritätsstufen:

1. **Solidarität mit dem Nächsten,**
2. **Solidarität mit der Schweizerin und dem Schweizer,**
3. **Solidarität auch mit den wirklich armen Ausländern in der Schweiz,**
4. **Solidarität mit Menschen im Ausland.**

Diese Sicht der Dinge entspricht immer noch der gültigen Bundesverfassung. **Eine zusätzliche Solidaritätsleistung der Schweiz gegenüber dem Ausland ist abzulehnen,** auch wenn jetzt ein grosser Teil der Leistungen aus abstim-

mungsstrategischen Überlegungen im Inland verteilt werden soll. Am 5. März 1997 wurde die Schaffung einer «Stiftung für Solidarität» vom damaligen Bundespräsidenten unter dem Titel «Nachrichtenlose Vermögen, Erklärung des Bundesrates», angekündigt. Gleichentags erläuterte der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes, Bundesrat Kaspar Villiger, an einer Pressekonferenz die Idee von Bundesrat und Nationalbank, es sei ein Solidaritätswerk zu schaffen. Zu den Gründen, warum man auf diese Idee gekommen sei, äusserte sich Bundesrat Villiger folgendermassen: **«Die Idee der Stiftung knüpft also am gegenwärtigen Problem an, schlägt aber einen grossen Bogen zu viel grundlegenden Problemen! Wir geben aber gerne zu, dass die Idee wohl ohne die aktuellen Umstände nicht geboren worden wäre.» Es sind also die erpresserischen Drohungen ausländischer Organisationen, welche bei Bundesrat und Nationalbank die Idee zu dieser Stiftung auslösten.** Nachdem die Reaktionen aus der Bevölkerung alles andere als positiv waren, krebste der Bundesrat vom Zusammenhang mit Druck und Erpressung allerdings zurück und erklärte scheinheilig und verlogen, die Stiftung habe überhaupt nichts mit dem Zweiten Weltkrieg und dem momentanen Druck ausländischer Kreise zu tun. Die Mehrheit unseres Volkes – und mit ihr die Schweizer Demokraten – hat diese Doppelzüngigkeit des Bundesrates erkannt. Wir wissen aus Erfahrung, dass ein Werk, welches auf Lug und

Trug aufgebaut ist, nie von Erfolg und Segen begleitet worden ist und es auch nie sein kann. **Die sogenannte «Solidaritätsstiftung» ist auch deshalb abzulehnen, weil sie auf einem katastrophalen Verhalten der Landesregierung und der Mehrheit der Bundesratsparteien beruht.** Statt sich auf Regierungsebene klar und unmissverständlich zu den vorgebrachten Anschuldigungen zu äussern, hat sich der Bundesrat auf tiefem Niveau mit mächtigen ausländischen Organisationen und einzelnen Exponenten eingelassen und fragwürdige «Vorlesungen» beschlossen – so auch diese aussenpolitische Totgeburt einer «Stiftung solidarische Schweiz».

Somit ist aus währungs-, finanz-, sozial- und aussenpolitischen Überlegungen heraus auch der ständerätliche Gegenvorschlag entschieden abzulehnen. Hingegen stimme ich der AHV-Gold-Initiative, für welche ich Unterschriften gesammelt habe, selbstverständlich zu.

### Volksabstimmung, vom 22. September 2002:

- Nein zur «Stiftung Solidarität Schweiz»
- JA zur Initiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds»
- Stichfrage: Ja zur AHV-Gold-Initiative

## Keine Solidarität mit der Solidaritätsstiftung



*René Kunz,  
Kantonalpräsident SD  
Aargau,  
Reinach*

Die Schweizer Demokraten SD bringen der Ankündigung des Bundesrates vom 5. März 1997 zur Schaffung einer Solidaritätsstiftung kein Verständnis entgegen, da es sich bei diesem Plan um eine Drehung der Meinungs-Windfahne des Bundesrates um 180 Grad handelt. Am 3. März 1997, also nur gerade zwei Tage vorher, hatte der gleiche Bundesrat auf einen im Nationalrat eingereichten parlamentarischen Vorstoss, welche eine NEAT-Finanzierung über die Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank anregte, mit folgenden Sätzen geantwortet: «Unab-

hängig von dieser Problematik stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, den Goldbestand der SNB, welcher als Reserve für Notsituationen gedacht ist, für ein Infrastrukturprojekt wie die NEAT zu veräussern. Ein solches Vorgehen kommt einem Verscherbeln des Familiensilbers gleich und könnte die dringend zur Beseitigung des strukturellen Defizits notwendige Ausgabedisziplin untergraben.»

Nun, die gleiche Argumentation im obigen Zitat lässt sich auch gegenüber der Solidaritätsstiftung anwenden. **Die Schweizer Demokraten SD lehnen es ohne Wenn und Aber ab, dass das «Familiensilber», sprich «Gold der SNB», für ein fragwürdiges Solidaritätsprojekt «verscherbelt» wird.** Bei dem in der Bevölkerung umstrittenen Projekt sind auch finanzpolitische Überlegungen anzustellen. Bei einem Schuldenberg von über 100 Milliarden Franken beim Bund und bei jährlich anhaltenden Milliardendefiziten ist jede zusätzliche

finanzielle «Solidarität» nach aussen hin nicht zu verantworten.

### Unter Armutsgrenze

Die SD lehnen es auch ab, dass unser hochverschuldeter Staat, der nicht einmal die Beitrittskriterien für eine Einbindung in die EURO-Währungsgemeinschaft erfüllt, zusätzliche Leistungen unter dem Titel «Solidarität» ans Ausland in Erwägung zieht. Im Weiteren haben Studien ergeben, dass von den 7 Millionen Einwohnern in der Schweiz über 500'000 Personen unter der Armutsgrenze leben und zwingend auf Unterstützung (Solidarität) angewiesen sind.

### Ohne Aktualität nie geboren

Am 5. März 1997 erläuterte Bundesrat Kaspar Villiger, die Idee der Stiftung knüpft am gegenwärtigen Problem (Nachrichtenlose Vermögen) an, schlug aber einen grossen Bogen zu viel grundlegenden Problemen! Wir geben aber gerne

zu – gemeint ist damit der Bundesrat –, dass die Idee einer Solidaritätsstiftung wohl ohne die aktuellen Umstände nicht geboren worden wäre. Nachdem aber die Reaktionen aus der Bevölkerung alles andere als positiv waren, krebste der Bundesrat zurück und erklärte, die Stiftung habe überhaupt nichts mit dem Zweiten Weltkrieg und mit dem momentanen Druck ausländischer Kreise zu tun.

Die Mehrheit des Schweizervolkes und mit ihr die Schweizer Demokraten hat diese Doppelzüngigkeit des Bundesrates erkannt und weiss auch aus Erfahrung, dass ein Werk, welches von Widerspruch aufgebaut wird, nie von Erfolg und Segen begleitet ist. **Das Nationalbankgold gehört dem Schweizer Volk und ist für die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt der Eidgenossen einzusetzen.**

(aus Zofinger Tagblatt,  
12. April 2002)



# Mathematik im Wandel der Zeit

(eine Trouvaille aus dem Internet)

## Realschule 1960

Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 50 Fr. Die Herstellungskosten betragen 40 Fr. Berechne den Gewinn.

## Sekundarschule 1970

Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 50 Fr. Die Herstellungskosten betragen vier Fünftel des Erlöses. Wie hoch ist der Gewinn des Bauern? (Rechenschieber nicht erlaubt)

## Korrektur der Aufgaben durch Frauenrechtsbewegung für Gleichheit 1980

Ein/e Bauer/Bäuerin verkauft einen Sack Kartoffeln für 50 Fr. Die Hersteller/Herstellerinnenkosten betragen vier Fünftel/innen des Erlöses. Wie hoch ist der/die Gewinn/in des Bauern, wenn er der Bäuerin 15 Fr. abgeben muss. (Keine Taschenrechner/innen verwenden!)

## Bezirksschule 1990

Ein Agrarökonom verkauft eine Menge (M) subterranean Feldfrüchte für eine Menge Geld (G). G hat die Mächtigkeit von 50. Für die Elemente aus  $G=g$  gilt  $g=$  Franken. Die Menge der Herstellerelemente (H) ist um zehn Elemente weniger

mächtig als die Menge G. Zeichnen Sie das Bild der Menge H als Teilmenge von G und geben sie die Lösungsmenge (L) für die Frage an: Wie mächtig ist die Gewinnmenge?

## Integrierte Gesamtschule 1995

Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 50 Fr. Die Herstellungskosten betragen 40 Fr. Der Gewinn beträgt 10 Fr. Aufgabe: Unterstreich das Wort «Kartoffeln» und diskutiere mit deinen 15 Mitschülern aus den anderen Kulturkreisen darüber. (Waffen sind nicht erlaubt)

## Übersetzung für die Mehrheit der Schüler:

Baueric vergaue eine Sackic Kartoffelic für 4 Waffe und 1 Lada Diesel. Erzeugergoste gaine: Saatgut steele. Gewinnic betragt 4 Waffe und Lada Diesel plus Fr. 150.-. Unterstüssung Sozialamt. Unerstreich Wort «Kartoffelic» und schlage dich mit Ureinwohner aus Swaiz darüber. (nix Messer/ander Schuler nur slage nid schüsse.)

## Schule 2000 nach der Rechtschreibreform

Ein kapitalistisch privilegirtes Bauer bereichert sich one rechfertigung an einem sak gartoffeln um

10 euro. Untersuch das tekst auvinhaltliche feler, korrigitre das aufgabenstellunk unt demonstrire gegen das lösunk.

## Schule 2005 (nach der Bildungs- und Rechtschreibreform)

Ein agrargenetiker fergauft ein sagg gartoffeln für ? 6.25. die kosden bedragen ? 5. der gewin bedregt ? 1.25. Aufgabe: margiere den term gardofeln und maile die losung im pdf-format an [glassen-leerer@schuhle.ch](mailto:glassen-leerer@schuhle.ch)

## Jahr 2010

Sorry, es gipt kaine garoffeln mehr! Nur noch pom frit bei mec doneld. Es lebe der fordschrid.

Man mag bei der Lektüre dieses Internet-Dokuments schmunzeln oder gar schallend lachen, doch der anonyme Verfasser trifft leider den Kern der Sache nur allzu genau. Seit Jahrzehnten sind im schweizerischen Bildungswesen Kräfte am Werk, die alles tun, um dieses in ein Volksverdummungswesen zu verwandeln. Als die Sozialdemokraten noch eine Arbeiterpartei waren, erkannten sie, wie wichtig eine gute Volksschule für unsere Demokratie und für die Fähigkeit der Arbeitnehmer ist, sich für ihre berechtig-

ten Anliegen zu wehren. Ihre 68er-Nachfolger hingegen wollen davon nichts mehr wissen. Sie verteuflern Leistung und Disziplin und sehen in der Schule kein Bildungsinstitut, sondern eher so etwas wie eine grosse Spielwiese für möglichst unerzogene Kinder. Für sie ist die Schule auch ein Instrument, um die Schüler(innen) ihrem familiären Umfeld möglichst zu entfremden und sie politisch zu manipulieren. Sie wollen ausserdem nicht anerkennen, dass nicht alle Menschen intellektuell gleich begabt sind. Nach der Auffassung der neolinken Nadelstreifen-Revolutzzer, die auf ihrem Marsch durch die Institutionen inzwischen ganz oben angelangt sind und zum Beispiel das Zürcher Schulwesen mit gütiger Mithilfe des reformsüchtigen CVP-Regierungsrats Buschor komplett beherrschen, sollen alle Niveau-Unterschiede eingeebnet werden. Und da es nun einmal nicht möglich ist, aus jedem Menschen einen Professor zu machen, sollen halt alle nichts lernen. Dann sind endlich alle gleich – gleich ungebildet, die einen, weil ihnen die Begabung fehlt, und die anderen, weil man sie daran hindert, ihre Begabung zu entfalten...

Christoph Spiess, SD Zürich-Stadt

# UNO-Sondersession Kind

Kampf gegen Mangelernährung, Kinderarbeit und Analphabetismus – Zweite UNO-Sondersitzung zum Thema Kind

(sda) Seit die UNO-Generalversammlung sich erstmals der Situation der Kinder rund um den Erdball zuwandte, sind 12 Jahre vergangen. Doch hohe Kindersterblichkeit, Unterernährung, Kinderarbeit und Analphabetismus bleiben weltweit ein Problem. Am 8. Mai will sich die Generalversammlung zum zweiten Mal in einer Sondersitzung mit der Verbesserung der Überlebens- und Entwicklungschancen von Kindern beschäftigen und für die nächsten zehn Jahre eine neue Agenda beschliessen. Die 21 Ziele, die sich die UNO 1990 gesetzt hatte, bleiben auf der Tagesordnung.

## Kindersterblichkeit und Krankheiten

Den frühzeitigen Tod von Kindern unter fünf Jahren wollen die Regierungen bis im Jahr 2010 ebenso um ein Drittel reduzieren wie den Anteil der unterernährten Kinder in dieser Altersklasse. Die Anzahl der Kinder, die nicht zur Schule gehen, soll um die Hälfte reduziert werden. Die Zahl der Mütter, die weltweit bei der Geburt sterben,

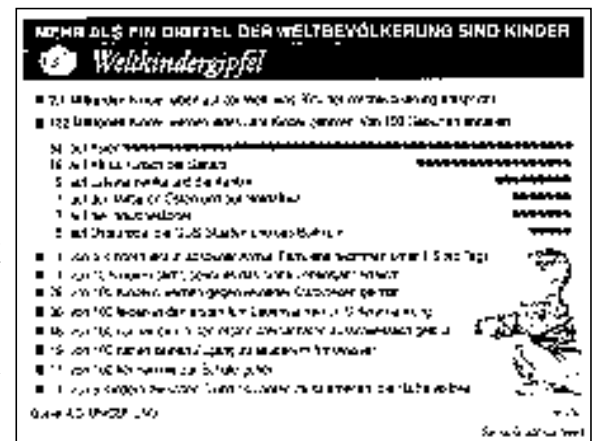
soll von derzeit 500'000 pro Jahr um ein Drittel verringert werden. Nachdem in den 90er-Jahren zwei Millionen Kinder in Kriegen und bewaffneten Konflikten zum Teil als Kindersoldaten ihr Leben verloren haben, soll auch hier mehr geschehen. Mit präventiven Schutzmassnahmen und Programmen zur Wiedereingliederung sollen die 75 in New York angemeldeten Staatsoberhäupter und die Abgesandten der weniger prominent vertretenen Länder sich verpflichten, die Lage von Kindern in Konfliktgebieten zu verbessern. Auch gegen die Ansteckung von Kindern mit dem HIV-Virus soll mehr unternommen werden. Derzeit werden weltweit täglich 8500 Kinder und Jugendliche mit dem AIDS-Virus infiziert. 13 Millionen Kinder machte die Krankheit zu Waisen. Die Regierungen wollen sich verpflichten, die Zahl der Ansteckungen um 25 Prozent zu verringern.

## Schweizer Delegation

Die Schweizer Delegation bei der Sondersitzung in New York wird

vom ehemaligen Direktor der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) Jean-François Giovannini angeführt. Ausser den Abgesandten anderer Departements gehören auch Vertreter von drei Nichtregierungsorganisationen zum Schweizer Team: Pro Juventute, UNICEF-Suisse und die Stiftung für Pestalozzi-Kinderdörfer werden in New York ihre Stimme einbringen. Zu den Prioritäten der Schweizer Delegation gehören der Kampf gegen sexuelle Ausbeutung und Versklavung von Kindern und die Verhinderung von Gewalt gegen Minderjährige. Ausserdem geht es den Schweizer Abgesandten um die Beseitigung von Armut und um mehr Chancengerechtigkeit für Mädchen.

Im Vorfeld der UNO-Sondersitzung werden zwei Schweizer Jugendliche in New York am Kinderforum teilnehmen. Anne-Catherine Graf aus Lausanne und Mario Stübi aus Luzern haben sich bereits durch ihre Teilnahme an verschiedenen Vorbereitungsveranstaltungen auf ihre internationale Rolle vorbereitet. Die Kinder werden den Erwachsenen während der UNO-Sondersitzung eigene Vorschläge und Empfehlungen unterbreiten.



## Pro Armeemuseum

Der Verein **Schweizer Armeemuseum (Vsam)** nimmt mit Bedauern Kenntnis vom negativen Entscheid des Ständerates. Am 13. März 2002 hat die kleine Kammer (trotz der starken bürgerlichen Mehrheit) im Rahmen der laufenden Militärgesetzrevision unseren Antrag, es sei der BUND bzw. das VBS zu verpflichten, «die Geschichte der Schweizer Armee und des VBS der Öffentlichkeit zugänglich zu machen» knapp mit 15:14 Stimmen abgelehnt.

Dieser Entscheid erstaunt umso mehr, als die vorberatende Kommission des Ständerates (Sicherheitspolitische Kommission / SiK) den Antrag im Vorfeld der Behandlungen im Parlament in einer ersten Abstimmung mit 7:3 bzw. in der Schlussabstimmung gar mit 13:0 Stimmen dem Rat zur Annahme empfohlen hatte.

Einmal mehr ist es dem Bundesrat (der seit Jahren nichts von einem Armeemuseum wissen will) gelungen, mit den sattsam bekannten Argumenten (die wir der Presse entnommen haben),

- es sei dies nicht die Aufgabe des BUNDES und
- es stünden hierfür keine Mittel zur Verfügung, die bei der Abstimmung anwesenden (?) 29 Ständerätinnen und Ständeräte (von insgesamt 46) entsprechend zu überzeugen.

Soweit mir bekannt ist, gibt es in Europa kein Armeemuseum (bzw. Museum der Streitkräfte, Wehrtechnisches Museum, oder wie auch immer die im Ausland genannt werden) welches nicht substantiell von der aktuellen Heerführung unterstützt würde. Es ist die Geschichte und das Kulturgut unserer Armee (ab 1800/1850 bis heute), um die es geht. Diese Aufgabe an Private abzuschieben, scheint mir billig. Zudem verkauft die Armee täglich in ihren sog. Liquidationsshops der Zeughäuser, bzw. ein mal pro Jahr am grossen Verkaufstag in Thun (dieses Jahr am 24. April) überzähliges Armeematerial in zweistelliger Millionenhöhe. Das dürfte doch wohl problemlos ausreichen, um ein Armeemuseum zu finanzieren?

Der **Verein Schweizer Armeemuseum (Vsam)** bemüht sich, zusammen mit vielen freiwilligen Helfern, vorläufig weiter, die Geschichte und Vergangenheit der Schweizer Milizarmee den kommenden Generationen irgendwie zu erhalten. In Thun (und auch andernorts) wird diesbezüglich bereits ein umfangreiches Materialdepot bewirtschaftet. Ob allerdings allein die Lagerung, Konservierung und Inventarisierung von historischem Armeematerial auf die Dauer Sinn macht, ist eine andere Fra-

ge. So jedenfalls stellt sich Vsam ein Armeemuseum nicht vor. Bemühungen um ein Armeemuseum in der Schweiz gibt es nun seit genau 100 Jahren (Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern - 1902). Wie lange noch?

*Vsam, Bruno Maurer, Präsident*

*(Anmerkung der Redaktion: Somit bleibt die Motion von SD-Nationalrat Bernhard Hess zur Schaffung eines Armeemuseums die letzte Möglichkeit, die Geschichte und das Kulturgut der Schweizer Armee öffentlich zu machen.)*

## Krankenkassen – der grosse Betrug!

(ws) Einst wurde klar definiert: Die Krankenkassen in der Schweiz können pro Jahr auf keinen Fall mehr als 40'000 neue Asylanten aus aller Welt aufnehmen, andernfalls der finanzielle Ruin drohe. Egal, ob Einwanderer oder Asylanten, beide hätten grossen, medizinischen Nachholbedarf und dieser kostete das Gesundheitssystem soviel, dass die Krankenkassen niemals Schritt halten könnten. Im vergangenen Jahr haben die KK beinahe eine Milliarde rückwärts gemacht und zwar nach jahrelangen Erhöhungen der KK-Prämien (z. B. alleine 40% seit 1998). Heute haben wir über 400'000 Papierlose, 100'000 Einwanderer im vergangenen Jahr und gegen 40'000 Asylanten, die allesamt und innert Monatsfrist in die KK aufgenommen werden müssen! Wen wundert also? Aber eben, an der Spitze stehen SP-Leute, die alles kaschieren: Otto Piller etwa sagt, die KK-Finanzierung sei unsozial oder Frau Dreifuss, die sich lächelnd «für die Kinder» einsetzen will!

Und das alles wird von unseren Leuten geschluckt bei gleichzeitigen Abstrichen für Alte und besser Versicherten.

## Den Handy-Wahn bremsen!

(ws) Viele Warnschilder mahnen im Militär, den Antennen der Funk- oder Radargeräte nicht zu nahe zu kommen. Die elektromagnetische Strahlung bewirkt, je nach eingefangener Dosis, Schlafstörungen, reduzierte Reaktionen, Hormonstörungen, DNA-Schäden, Miss- und Fehlgeburten, mehr Krebs, Blut- und Hirnprobleme sowie nervliche Schäden. Gehen wir heute in einen Bahnwagen, in dem vielleicht 40 Personen sitzen. Wenn nur schon 20 Personen ihr Handy eingeschaltet haben, bedeutet dies, dass 20 Funkgeräte (Handy = Funkgerät) dauernd mit der nächsten Zentrale kommunizieren. Das geschieht automatisch und selbst dann, wenn der Besitzer «die Glocke» still gesetzt hat. Alle sitzen also konstant in einem Strahlungsfeld von 20 Handys – was für ein Schwachsinn! Warten wir noch ein paar Jahre, bis alle ihre schönen Geschäfte gemacht haben, dann kommen die Warner und natürlich auch die Fakten und Realitäten. Dann werden sie uns einmal mehr erklären, was wir im Grunde heute schon und ganz genau wissen – aber nicht wissen wollen...

## Deutsche, fragwürdige Klagen...

(ws) Viele Politiker und Medien im südlichen Deutschland klagen über den Fluglärm, der vom Flugplatz Kloten verursacht werde. Ich frage mich nur, warum gibt es keine Schweizer, die endlich sagen, was gesagt werden müsste? Wieviele Deutsche kommen in die Schweiz rund um den Flughafen oder auf den Flughafen, um hier einen schönen Posten zu bekleiden? Wieviele deutsche Gemeinden über dem Rhein profitieren direkt oder indirekt vom Flughafen Kloten? Wieviele Deutsche nutzen die guten Anschlussmöglichkeiten an die ganze Welt via Kloten? Und – ist es richtig, dass kein deutscher Flugplatz ein Nachtflugverbot beachten muss oder vielleicht Flugbeschränkungen, wie das jetzt von Deutschen in Kloten verlangt wird? Liebe Miteidgenossen, warum sagen wir nicht, was gesagt werden müsste?

## Wir sagen

### der Aktivdienstgeneration DANKE!

Sie hat uns vor Zerstörung, Okkupation und Vernichtung bewahrt.

Nein zum Schuldbekenntnis – nein zur geplanten Solidaritätsstiftung.

### Informieren Sie sich!

### Bestellen Sie unsere Tatsachen-Berichte:



## ... der Bergier-Kommission NEIN Danke!

Sie hat im Auftrag des Bundesrates die Aktivdienstgeneration und das Land unermüdet geächtet.

### BESTELLTALON

- Ex. «Das Ende der J-Stempel-Saga», Dr. Max Keller, Fr. 10.-
- Ex. «Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg», Teufel/E. Hr. Fr. 5.-
- Ex. «Die Schweizerische Flüchtlingspolitik 1933-1945», Dr. Alfred Gatzert, Fr. 10.-
- Ex. «Das Rüttel», Fr. 10.-
- Senden Sie mir unverzüglich und kostenlos Ihre Dokumentation.

Name \_\_\_\_\_  
 Vorname \_\_\_\_\_  
 Adresse \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Eingetragen am \_\_\_\_\_  
 Pro Libertate, Postfach, 3000 Bern 11 oder Fax: 031 332 57 85

[www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)

# Wir Deutschschweizer und das Tessin

Gelesenes, erschautes, erwandertes, überdachtes



Robert  
Berner,  
Rheinfelden

Meine erste Begegnung mit dem Tessin liegt siebzig Jahre zurück. Am Anfang waren es Schulreisen. 1932 feierte man das fünfzigste Jahr seit Eröffnung des Gotthardtunnels. Eine dieser Schulreisen führte auf den San Salvatore, die zweite war die Besteigung des Tamaro. Im Erwachsenenalter wurden Entdeckungsreisen immer häufiger. Ziele waren die Strada alta und die Täler. Bücher, Prospekte, Landkarten weckten die Neugierde. Schliesslich fühle ich mich – alt gewordener Alemanne – hingezogen zur lateinischen Kultur und den Tessinern näher verbunden, als der Bevölkerung auf der uns gegenüberliegenden Rheinseite. Der Krieg ist eine Zäsur gewesen. «Der deutsche Schreck steckt noch heute in den Knochen der Schweizer.» (Edgar Bonjour, Notiz einer Vorlesung anno 1990).

## Der Gotthardweg

Rheinfeldens erste (hölzerne) Rheinbrücke entstand um 1130, vor jener zu Basel. Sie war damit einer der ersten Zugänge zum Gotthard und nach Rom. 1171 schlossen die Urner mit dem Erzbischof von Mailand ein Abkommen über den Passverkehr. Rindvieh war wichtigstes Exportgut. Die Händler trieben es die Leventina hinunter, von Weideplatz zu Weideplatz auf die Märkte von Lugano und Mailand. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden Urner und Tessiner zu Hütern des Gotthardpasses. Alte Pergamente in deutscher und italienischer Sprache regelten die Säumerei.

Vor einem halben Jahrtausend, im Jahr 1441, ist die Leventina, d.h. die älteste Talschaft italienischer Sprache endgültig zur alten Eidgenossenschaft gekommen, wo sie unter der Oberhoheit Uris ihre selbstgewählte Obrigkeit, ihr Volksaufgebot und ihr Banner bewahrte.

J.R. von Salis, 1941

Die Landfogti waren verpflichtet, sich an die alten Rechte zu halten. Sie wechselten alle zwei Jahre. Nach Amtsübernahme besuchten sie die ihnen unterstellten Dörfer,

wo sie dies unterschriftlich bekundeten. Solche Dokumente werden in den Archiven der Patriziate noch immer gehütet.

## Untrennbar zusammengewachsen

Zu Zeiten des Risorgimento, der Einigungsbestrebungen Italiens (1815–1870), dann während des Faschismus, versuchte das Königreich unsere Südtäler an sich zu ziehen. Ausser Campione – das seit 835 einem Mailänder Kloster zu Eigen gehörte – blieb es beim Wunsch. So stehen weiterhin unverrückt bei Stabio die historischen – und künstlerisch behauenen – Grenzsteine der LIGA HELVETICA (Jahrzahl 1559), bei Pedrinata der südlichste (Nummer 75A), weit in die Lombardei vorspringend, eine zwar unnatürlich gezogene, aber vertraglich begründete Staatsgrenze. Mussolini – vor schnell zum Ehrendoktor der Universität Lausanne erhoben – plante um 1940 gar die Aufteilung unseres Landes zwischen Reich und seinem Imperio, mit Grenze auf dem Alpenkamm. So herrschte bis Ende des Zweiten Weltkriegs an unserer Südgrenze höchste Alarmstufe. Es kam auch zu mehreren, ernsthaften Grenzverletzungen, zu Schiessereien über unsere Grenze, mit Toten, Anlass zu immer noch erscheinenden Büchern damaliger Zeitzeugen.

Es könnte Reaktion darauf sein, dass (z. B. von den Verfassern des Bergier-Berichts) die damalige Bedrohungslage nicht berücksichtigt wurde und Einzelfälle (Rückweisungen an der Grenze) verallgemeinert werden. Unsere Generation verhielt sich tapferer und menschlicher. Die Tessiner haben in ganz besonderer Weise Flüchtlingen geholfen und Zehntausende von Kindern aufgenommen, unter dem schon in napoleonischer Zeit erhobenen Ruf «Liberi e Svizzeri».

## Wandern auf der Alpensüdseite

Die alten Grenzzeichen bedeuten dasselbe, was die Inschrift am Basler Rathaus bezeugt: «Hie Schweiz Grund und Boden». Heute gibt es dazu noch landesweit die gelben Wanderwegweiser. Ab Basel hat unlängst eine Wandergruppe unser Land rundum umwandert (Buch: Ger Peregrin, In 111 Tagen um die Schweiz, Rotten-Verlag, 2000). Jeder Tagesetappe widmet der Verfasser zwei Seiten (Bild und Text). Manches kommt zu kurz. Denn die «Grauen Steine» der Schaffhauserin Ruth Blum sind Zeugen oft tausendjähriger Geschichte. Auch im Tessin. Nebst verschiedenen «Herrschaften» war es auch zwei Bistümern zugehörig. Deshalb haben sich zwei unterschiedliche



San Pietro, genannt Chiesa rossa bei Castel San Pietro. Nahe dabei Fundamente des Castello, deren Bewohner möglicherweise in der Weihnachtsnacht 1390 ermordet wurden. Zur Erinnerung an die grausame Tat ist die Frontseite der Kirche blutrot bemalt.

Formen der katholischen Messe bis heute erhalten: der «Rito ambrosiano» im ehemals zum Erzbistum Mailand gehörenden Teil und der «Rito romano», dort wo der Bischof von Como gebot. Es sind subtile Besonderheiten, wie es solche auch hierzulande gibt. Dazu hat jeder Ort, jedes Patriziato eine eigene Überlieferung. Schön wäre es, auch beim Wandern etwas davon mitzubekommen. Wandern – aus Freude an Land und Leuten – gibt es erst in neuerer Zeit, erste Wanderbücher ab 1909. In jenem Jahr erschienen von Hans Schmid (er starb 1932) als erstes Buch «Spaziergänge im Tessin» und laufend weitere Titel. Sie erreichten grosse Auflagen, sind aber längst überholt. Schmid klopfte in genagelten Militärschuhen staubige Strassen ab. Jeder Tagesmarsch gibt ihm ein kurzes Kapitel, so das vielgestaltige Muggiotal auf wenigen Seiten. Seine Beschreibung endet: «Gerne wäre ich noch nach Scudellate hinaufgestiegen.» Er kapitulierte vor diesem obersten Dorf unter dem Generosogipfel. «Diesmal fuhr ich mit dem Autobus talaus», um dann im Kursaal Lugano zu sitzen «mit dem Gefühl, eine grosse Reise getan zu haben». Nach Schmid's Tod benützte sein Verlag den gleichen Text für ein grossformatiges Farbbildbuch. Der Bearbeiter passte den Text dem Zeitgeist an: «Am Abend sass ich in meinem Hotel in Lugano.» Spielhöhlen und Wandern auf «Schusters Rappen» schliessen sich aus.

## Heutige Wanderziele

Statt des Strassentippels gibt es nun die Wanderwege. Auch im Tessin sind sie gelb beschildert. Dazu

geben die Verkehrsvereine (Ente Turistico) laufend Wanderprospekte heraus. Es sind nicht mehr Hans Schmid's «Spaziergänge». Jetzt benötigt man Wanderschuhe, Regenschutz, Rucksack, einen oder zwei Wanderstäbe, die Landkarte. Unerschöpflich sind die Ziele in Bergtälern, dem Luganese, Locarnese, bis hinunter ins Mendrisiotto. Dort ist eben eine Reihe neuer Wanderwege aufgegangen. Das von Schmid nur gestreifte Muggiotal – auch vielen Tessinern ganz unbekannt – kommt damit endlich ans Tageslicht. Es war erst noch «Armenhaus».

### Ala matina peradèll

Am Morge gschellti Chestene  
a mesdi bruasadèll

Zmittag broteti Chestene  
ala sira farù

Zobig kocheti Chestene  
a Mücc a vegni più

is Muggio chumi nüm

(Leider geht auf Deutsch der  
Reim verloren)

Das Verslein erinnert an ein anderes, gesungenes: «Zum Zmorge, zum Zmittag, zum Zvieri, zum Znacht, immer nur Gorgonzola.» Abwechslung hat hier und dort gefehlt! Besserung ist in Sicht: das beängstigend entvölkerte Tal erhält allmählich wieder Zuwachs durch gut verdienende Pendler. Tagesbesuchern aber empfiehlt sich eine Postautofahrt über Morbio nach Muggio und von dort auf der andern Talseite im Kleinbus eine fast halbsbrecherische Fahrt nach Castel San Pietro (und Mendrisio). Diese Verbindung über Casima–Monte ist neu.



## Zu Fuss durch den Geologie-Park

Das – am Absturz der Breggia – haben erst wenige gesehen. Der PARCO GEOLOGICO ist erst letzten September eröffnet worden. Eines – ausnahmsweise schönen Tages – im April traf ich auf meinem Rundgang, Auf- und Abstieg, keine menschliche Seele. An der Sonne Eidechsen, hörte im dichten Laub Vogelstimmen, in der Tiefe das Rauschen von Wasserfällen. Es ist ein verborgener Wildbach. In seiner ganzen Länge ist sein Wasser von oben nirgends einsehbar, so tief ist sein Bett in die so unterschiedlichen Felsformationen eingefressen. Erst zu unterst, bei Ghitello, östlich von Balerna tritt ein müdes Rinnsal ans Tageslicht. Eiserne Wasserräder rosten an bröckeligen Mauern dahin. Die gewerbliche Nutzung der Wasserkraft ist hier für alle Zeit vorbei.

Von hier führt der Uferweg zu einer riesigen Zementfabrik. HOLCIM (Holderbank) ist sie angeschrieben, stillgelegt, weil der direkt über der Abbauwand thronenden Chiesa rossa, 1345 unter dem damaligen Bischof von Como



**Gegen Ausgang der Breggia-Schlucht. Ganz unterschiedlich sind Gestein, Struktur, Farbe, Schichtungen. Stets wechselt auch das Flussbett zwischen Absturz und ruhigem Lauf. Allgegenwärtig ist der Wald. Alles nur einen «Büchenschuss» entfernt von Wohn-, Industriegebiet, Autobahn und internationalem Bahnhof.**

errichtet, der Absturz ins Bodenlose drohte. Dem Ufer entlang, Fusswege, Treppen, über Holzbrücken gehend, steht man vor Felswänden ganz unterschiedlicher Farben, grau, gelb, rot, durchzogen von Sedimentbändern. Hier gibt es alles, was sich in 300 Millionen Jahren in einem sagenhaften Meer abgelagert, aufgetürmt, angeschwemmt und durch ungeheure Erdkräfte verschoben und verbogen hat. Dazu hat die spätere Breggia immer wieder ihren Lauf geändert. Schon länger haben Geologen hier ihre Studien gemacht. In einem illustrierten Prospekt – es gibt ihn nur in italienischer Sprache – ist alles erläutert, vorausgesetzt man könne auch «fachchinesisch». So bewundern wir Laien das was wir sehen. Es ist nicht wenig. Und erst noch eine unmittelbar an ein Industrie- und dicht überbautes Wohngebiet anstossend. Die feuchtwarme Schlucht ist mit Wald überwachsen, ähnlich einem Tropenwald. Zur Mittagsstunde raste ich bei der Chiesa rossa, zähle die Glockenschläge von den Kirchtürmen ringsum. Dann folgt von einem der Campanili als Zuga-

be ein Glockenspiel. Danach absolute Stille mit Vogelgezwitscher. Durch ein Fenster schaue ich in die verschlossene Kirche. Sie ist völlig ausgemalt, «ein bedeutender Zyklus frühgotischer Malerei». Eigentlich San Pietro, erhielt sie ihren Namen (und ist auf der Frontseite blutrot bemalt) von einem hier stattgefundenen Massaker in der Heiligen Nacht 1390. Gegen hundert Menschen sollen getötet worden sein, anlässlich eines Machtkampfes zweier Adelsgeschlechter. Erdgeschichte und Menschengeschichte sind hier eng verwoben, wir Menschen aber völlig bedeutungslos.

Der Parco geologico della Breggia hat verschiedene Eingänge. Wer mit dem Zug anfährt, gelangt, leicht ansteigend durch das städtisch anmutende Dorf zur Kirche, dann absteigend nach Ghitello. Wer mit Auto oder Bus anreist, kann bei Ghitello ebenerdig dem Fluss folgen. Wanderschuhe, Bergstock, guten Schnauf! Anstelle künstlicher Inseln – Arteplages – erlebt man hier unverfälschte Erdgeschichte.

## Wie glaubwürdig sind unsere Bundesräte?

Jedesmal wenn ich im CISALPINO über den Gotthard reise, denke ich an Adolf Ogi. Hat er nicht hoch und heilig versprochen, nie würden 40-Töner die Schweiz queren. Aus dem Zugfenster zeigt sich mir die Wirklichkeit: Nase an Nase warten sie zwischen Erstfeld und Amsteg und zwischen Ambri und Airolo. Lange 40-Töner! Versprochen wird jetzt, unser Bankgeheimnis «stehe nicht zur Disposition». Zeitungen wissen mehr. Die EU werde es knacken. Die findigen Grossbanken richten sich entsprechend ein. Sie errichten im Ausland Filialen. Von den 140'000 im Bankgewerbe Tätigen «dürften etliche ihre Stelle verlieren». Und die Steuerverluste? Gegenwärtig trügen die Banken elf Prozent an unsere Wirtschaftsleistung bei. Mit dem Attribut als

«reichstes Land» könnte es bald aus sein.

Die Überschwemmung mit ausländischen Lastern, die Aufhebung des Bankgeheimnisses kann uns nicht gleichgültig sein. Schlimmer ist der Vertrauensverlust gegenüber bundesrätlichen Versprechen. Ich erinnere mich des 30. Septembers 1936. Kurz vorher hatte Bundesrat Albert Meyer versprochen, der Franken werde nie abgewertet. An jenem Tag galt dies nicht mehr. Als Trost erklärte Albert Meyer: «Der Franken bleibt ein Franken». Heute ist er gegenüber damals noch zehn Rappen wert. Zu befürchten ist, dass wir auch diese noch gegen den EURO tauschen müssen. Denn Bundesräten kann man nie trauen.

Robert Berner, Rheinfelden

## Beobachter auf Linkskurs

(ws) Eines Tages fand sich der SD-Präsident vom Thurgau völlig überraschend im Beobachter mit Foto und unter der Rubrik «BLAMAGE». Kein Redaktor hatte ihn vorher kontaktiert, niemand hatte ihn gefragt, ob das Geschriebene auch stimme und er allenfalls etwas dazu zu sagen habe. Und das ausgerechnet beim Beobachter, der allen auf die Finger klopft, die angeblich demokratische und menschliche Spielregeln missachten. Die kleine Stellungnahme des Betroffe-

nen ist bis heute im Beobachter «versandet» – Menschlichkeit und Rechte der Betroffenen hin oder her! Selber mit dem Finger auf andere zeigen ist natürlich viel einfacher! Herausgefunden wurde folgendes: Die «BLAMAGE» stammt von Jürg Frischknecht und geschrieben hat sie die linke Journalistin Eva Büchi aus Weinfelden. Bleibt die Frage, wie glaubwürdig ist heute noch der Beobachter und in wessen (Journalisten-)Händen ist diese «Saubermacher»-Postillie heute?

## Schweizer Fahne: mehr als ein Fetzen Stoff!

Kaum eröffnet, müssen die Arteplages der EXPO nachgebessert werden. Auf jeder hatte man sich lediglich mit einer einzigen Schweizer Fahne begnügt. Eine typische Zeiterscheinung. Dabei war und sind unsere Fahne und ihr Gegenstück – die Rotkreuzfahne – Hoffnungsträger für Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde, Völkerfrieden. Als solche sind beide Fahnen weltweit mehr respektiert als solche mächtiger Staaten.

Ich besitze ein Aquarell eines Schweizer Soldaten, datiert 3. November 1916. Es zeigt den ins Elsass vorspringenden Largzipfel, das (elsässische) Largtal, in der Ferne die blauen Vogesen. Im Vordergrund, mit Palisaden sieht man eine (schweizerische) Feldbefestigung. Es ist der Offiziersposten «O.P. 2 von Bonfol», deutlich gekennzeichnet mit einer Schweizer Fahne. Genau den Grenzsteinen entlang zieht sich ein Stacheldrahtverhau. Ausserhalb, satt daran anstossend steht ein Heuhaus, nur unweit davon die zerschossene Larmühle. Einsam der Ort, gross seine Bedeutung. Wo die Schweizer Fahne weht, herrscht Frieden – trotz innerlich zerrissenen Schweizern. Ohne bewaffnete Neutralität wären wir in den mörderischen Krieg hineingezogen worden. So schildert Meinrad Inglin diesen geschichtsträchtigen Ort in seinem «Schweizerspiegel»: Die Kompanie Honegger bezog Unterkunft in Bonfol und löste die Posten im

Largzipfel ab, in einer äussersten schmal ins Elsass vorspringenden Ecke des Landes. An diese Ecke klammerten sich die zwei Hauptfronten des Krieges, hier begann zwischen Drahtverhauen und versteckten Schützengräben dem Largbach entlang der blutgedüngte, verwüstete Erdstrich der Schlachtfelder; im Norden begrenzte ihn das Meer, hier im Süden diese Waldzunge, auf der seit vier Jahren schweizerische Schildwachen Tag und Nacht ohne Unterbruch mit offenen Augen und Ohren gewacht und immer wieder Alarm geschlagen hatten. Hier begriff jeder Soldat, dass weniger diplomatische Dokumente als kampfbereite Truppen diese knisternde Flanke des europäischen Brandstriches daran hinderten, nach Süden weiterzubrennen. Jene Schweizer Fahne im äussersten Largzipfel, dort über vier Jahre durch die Generation vor 1900 Geborener bewacht, darf nicht dem heutigen Zeitgeist geopfert werden, schon gar nicht an einer «Landesausstellung». Wer sich dieser Fahne schämt, ist zu bedauern.

Robert Berner, Rheinfelden



Parlamentarischer Vorstoss von SD-Grossrat Kurt Aeschbach, Dürrenäsch, im Grossen Rat vom 21. Mai 2002 betreffend

## Gewaltanwendung von Jugendlichen

SD fordern vom Regierungsrat einschneidende Massnahmen

Jugendliche verfügen heute über ein ganzes Medienensemble mit dem sie lernen, arbeiten und ihre Freizeit gestalten. Fernsehen, Video und Computerspiele, aber auch Comics und Musik transportieren pausenlos gewaltdarstellende Inhalte, die einen Teil der Jugendlichen begeistern. Seit Jahren

steigt die Jugendgewalt auch an den Aargauer Schulen und Opfer sind zumeist andere Jugendliche. Die Taten erfolgen überwiegend in Gruppen und praktisch kein Tag vergeht ohne Berichte über neue Vorfälle. Ratlosigkeit und Entsetzen, aber auch wagemutiges Handeln und Zivilcourage sowie die Suche nach angemessenen Lösungsmodellen prägen die Reaktionen. Unsere Gesellschaft ist auf Grund dessen aufgefordert, das Aufwachsen von jungen Menschen so zu gestalten, dass sie Selbstwertgefühl und soziale Kompetenz entwickeln, sich in der Gesellschaft eingebunden fühlen und Verantwortung und Gemeinschaftssinn entfalten können.

Vom Regierungsrat will Kurt Aeschbach in seinem parlamentarischen Vorstoss wissen, mit welchem Konzept er die stark nachgewiesene Jugendgefährdung bekämpfen kann, welche durch den Erwerb und Nutzung von gewaltdarstellenden Filmen, Videos und Computerspielen beeinflusst wird. Im weiteren erwartet Kurt Aeschbach eine klare Antwort darauf, ob nicht genügend gesetzliche Möglichkeiten vorhanden sind (Artikel 135 des Schweizerischen Strafgesetzbuches – «Brutalo-Verbot»), die immer grösser werdende Gewaltentwicklung von Jugendlichen aufzuhalten. Klarheit will der Interpellant vom Regierungsrat auch, ob Jugendliche, die in ihrer Kindheit oder aber auch als Jugendliche von ihren Eltern massiv geschlagen oder misshandelt wurden, erheblich häufiger gewalttätig werden, und ob der Anstieg der Jugendgewalt überwiegend jenen Migranten zuzurechnen ist, die sozial nicht integriert werden können. Wichtig ist für den Interpellant auch zu erfahren, welche erweiterten Massnahmen der Regierungsrat gedenkt einzuleiten, damit das Aufwachsen von jungen Menschen so gestaltet werden kann, dass sie Selbstwertgefühl und soziale Kompetenz entwickeln.

Anzeige








### Steuererklärungen (ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–  
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–  
Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

### Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur  
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau  
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52

# Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zuzach  Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen  Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern  Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West  Sektion Oberaargau/ Mittelland/Emmental  Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen  Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern.  Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg  Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 - 922 79 29  SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg  Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung  Sektion Wil und Umgebung	26. Juni: <b>19.00 Uhr</b> Treffpunkt vor Restaurant Dufour, anschliessend Besichtigung REGA. (Im Juli kein Stamm). <b>Achtung:</b> Ab 28. August Stamm-Abende im Restaurant Hirschen, St. Gallen (Busstation St. Fiden).  Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach  Sektion Dielsdorf  Sektion Hinwil  Sektion Limmattal  Sektion Uster  Sektion Winterthur	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg,  Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf  Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikerstr. 9, Dürnten  Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren  Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf  Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss



Zum Drogenkonsum in der Armee

## Die SD Aargau fordern Drogentests bei Korporalen und Rekruten

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau sind über den massiven Drogenkonsum von Korporalen und Rekruten während ihres Militärdienstes zutiefst empört. Rekrutenschulen und andere militärische Ausbildungseinrichtungen sind nach Auffassung der SD Aargau Institutionen, welche bezüglich des Waffen- und Munitionspotentials keine drogensüchtigen Korporale und Rekruten verträgt. Für die SD Aargau ist es eine dramatische Entwicklung, wenn bereits weit über 50 Prozent der Armeeangehörigen dem Drogenkonsum verfallen sind. Die SD Aargau sind auch der Meinung, dass kritische Lebensereignisse, Opfererfahrungen, innerfamiliäre Gewalterfahrungen mögliche In-

dikatoren für den vermehrten Drogenmissbrauch von Armeeangehörigen während ihres obligatorischen Militärdienstes sind. Aus Sicherheitsgründen fordern die SD Aargau bei Antritt und während der Absolvierung der zukünftigen Rekrutenschulen bei Korporalen und Rekruten Drogentests. Sofern positive Resultate festgestellt werden, sind die Ermittelten entsprechend zu bestrafen, denn der Drogenkonsum gefährdet die übrigen pflichtbewussten Armeeangehörigen. Der Bundesrat hat nach Auffassung der SD Aargau die Schulkommandanten anzuweisen, die Drogentests ab den Sommerrekrutenschulen 2002 gesamtschweizerisch durchführen zu lassen.

## Zentralistisch geführte Machtkonzentration wird in Zukunft energisch bekämpft

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau sind über die Zustimmung des Aargauer Souveräns zu den Abstimmungsvorlagen über die Demokratiereform enttäuscht. Einmal mehr ist es dem Regierungsrat und den mitte-links Parteien gelungen, dem Aargauer Volk Scheuklappen aufzusetzen und ihm ein weiteres Stück direkte Demokratie und Selbstbestim-

mung wegzunehmen. Die politische Aargauer Führungsschicht hat nach Auffassung der SD Aargau schlicht und einfach vergessen, dass die Macht vom Volk ausgeht – und nicht umgekehrt. Die SD Aargau lehnen eine weitere Demontage der Volksrechte entschieden ab und werden in Zukunft jede zentralistisch geführte Machtkonzentration bekämpfen.

Postulat Kurt Aeschbach, Dürrenäsch, vom 4. Juni 2002, betreffend einbürgerungswillige Ausländerinnen und Ausländer

## Die Schweizer Demokraten SD verlangen die deutsche Sprache in Wort und Schrift für einbürgerungswillige Ausländerinnen und Ausländer

In einem durch SD-Grossrat Kurt Aeschbach, Dürrenäsch, am 4. Juni 2002 eingereichten Postulat wird der Regierungsrat aufgefordert, dafür besorgt zu sein, dass das Einbürgerungsgesetz dahin gehend vollzogen wird, dass sich die Einbürgerungswilligen in Deutsch verständigen und ausdrücken können und auch in der Lage sind, deutsche Texte sinngemäss zu verstehen. Nur wenn diese Erfordernisse erfüllt sind, darf eine Einbürgerung überhaupt weiter geprüft werden. Wer sich im Kanton Aargau einbürgern lassen will, muss sich bemühen, die deutsche Sprache zu erlernen. Integration

fängt nach Auffassung von Kurt Aeschbach mit der deutschen Sprache an. Diese Forderung begründet Kurt Aeschbach damit, dass im Kanton Aargau sehr viele Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert werden, welche unsere Sprache kaum sprechen oder verstehen können. Wer sich aber im Kanton Aargau integrieren und einbürgern lassen will, muss sich in Deutsch verständigen, ausdrücken und auch in der Lage sein, amtliche Verlautbarungen verstehen zu können. Die Beherrschung der deutschen Sprache stellt eine Schlüsselfähigkeit dar, sie ist eine unabdingbare Voraus-

setzung für Kommunikation und somit wichtiges Mittel zur Integration. Integration bedeutet auch, dass sich einbürgerungswillige Personen den allgemeinen Sitten und Gebräuchen anpassen, sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung unseres Landes und des Kantons Aargau bekennen und der gängigen Sprache mächtig sind. Die Folge der schlechten

sprachlichen Ausbildung sind Verständigungsprobleme, soziale und integrationspolitische Schwierigkeiten, welche einer Eingliederung im Wege stehen. Dies führt zwangsläufig dazu, dass viele Ausländerinnen und Ausländer, die sich einbürgern lassen möchten, Probleme im Umgang mit der angestammten Bevölkerung haben – und umgekehrt.

## SD/FP-Grossratsfraktionsausflug Aargauische Zentralmolkerei (AZM) und Bauernhof

Der diesjährige SD/FP-Grossratsfraktionsausflug stand ganz im Zeichen der Landwirtschaft und ihrer Erzeugnisse. Bei der Besichtigung der Aargauischen Zentral-



**SD/FP-Grossräte bei angeregter Diskussion (v.l.n.r) Kurt Aeschbach (SD), Dürrenäsch; Dr. Dragan Najman (SD), Baden; Rolf Urech (FP), Hallwil.**

(Foto R. Kunz)

molkerei (AZM), Suhr, bekamen die Parlamentarier sowie eine stattliche Anzahl Parteimitglieder beider Parteien einen vertieften Eindruck in die Produktion von Milchprodukten des täglichen Gebrauchs. Nach dieser eindrucksvollen Besichtigung der AZM führte der Weg nach Oftringen, wo sich die Grossräte und Parteimitglieder auf dem Bauernhof von SD-Grossrat Ernst Flückiger mit eigenen landwirtschaftlichen Produkten verpflegen konnten. Etwas politisch ging es dann doch noch zu, mit dem Aufruf, den einheimisch produzierten landwirtschaftlichen Produkten ohne Wenn und Aber den Vorzug zu geben.

Sämtliche SD-Medienmitteilungen wurden durch Kantonalpräsident René Kunz verfasst



## SD Thun für Stadtratswahlen gewappnet

Bericht über die Hauptversammlung der Schweizer Demokraten, Regionalsektion Thun/Konolfingen, vom 4. Mai 2002, Restaurant Metzger, Thun.

Der neu in den Grossen Rat gewählte Präsident Paul Hänni konnte eine gutbesuchte Hauptversammlung eröffnen. Ihm wurde eindrücklich zu seiner Wahl gratuliert, zu seinem Amt viel Erfolg und Befriedigung gewünscht. Dieser Wahlerfolg konnte dank der Listenverbindung mit der GVP realisiert werden. Dank dieser Wahl konnten die SD ihre Vertretung von drei Mitgliedern im Grossen Rat erhalten. Nationalrat Bernhard Hess beehrte die Sektion

mit seinem Versammlungsbesuch. Die statutarischen Geschäfte und die Wahlen gingen schlank über die Bühne, so präsentiert sich der Vorstand sogar personell verstärkt für die neu anfallenden Geschäfte vollgewappnet. Auch die Kasse ist für die bevorstehenden Wahlen in befriedigendem Zustand.

Die SD werden sich im Herbst an den Gemeindevahlen von Thun und wenn möglich Steffisburg beteiligen. Es wird wieder Zusammenarbeit mit der GVP angestrebt. Die Vorbereitungen dazu sind bereits voll im Gange.

SD-Medienmitteilung vom 6. Mai 2002,

Fritz Stalder, e. Nationalrat, Thun

## Peter Bühler wiedergewählt

Am 25. Mai 2002 hielt der SD-Kantonalverband Bern seine jährliche Hauptversammlung im Restaurant Beaulieu ab. Vor einem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal konnte

der Kantonalpräsident, Peter Bühler, die Versammlung eröffnen. Im Jahresbericht wurden unter an-

Fortsetzung Seite 10

**Peter Bühler wiedergewählt***Fortsetzung von Seite 9*

derem die Arbeiten der verschiedenen Parlamentarier und die Leistungen der verschiedenen Sektionen gewürdigt. Ebenfalls wurde eine Gedenkminute für die verstorbenen Mitglieder abgehalten. Den Delegierten wurden die neuen Kantonalstatuten vorgestellt, welche auf grosses Interesse stiessen. Nach dem Jahresbericht des Präsidenten folgte noch ein Ausblick auf geplante Tätigkeiten. Unter anderem wurden mehrere Themen für eine Volksinitiative aufgezeigt. Auch auf anderen Gebieten ist vom Kantonalpräsidenten und

seinem Vorstand einiges an Aktivität geplant.

Folgende Mitglieder wurden von der Delegiertenversammlung in ihren Ämtern bestätigt bzw. neu gewählt: Peter Bühler, Kantonalpräsident (einstimmig gewählt); Jakob Jäggi und Martin Messerli, Vizepräsidenten; Lydia Riesen, Kassierin; Robert Meyer, Sekretär; Bernhard Hess, Pressechef; Hanspeter Riesen, Ernst Brönnimann und Tai Moser, Beisitzer.

Im Anschluss an die Versammlung hielt Werner Salzmann ein Gastreferat zum Thema: «Landwirtschaft – Wohin?». Auch dieses stiess bei der Versammlung auf grosses Interesse.

**Warum dieses Referendum unterschreiben?**

- Ein Zeichen setzen, damit guterhaltener Wohnraum bestehen bleibt!
- Mieter/innen sind keine Manövriermasse!
- Keine Sonderrechte für gewisse Immobilieneigentümer!
- Rote Karte für die Basler Baudirektorin Schneider!
- Den Grossen Rat vor künftigen verfehlten Schnellschüssen warnen!

700 auf dem DB-Güterbahnhofareal. Wer diese Wohnungen finanzieren wird und ob sie für Normalverdienende noch bezahlbar sein werden, sagt die Baudirektorin nie. Trotzdem erklärte Frau Schneider in der Mai-Sitzung des Grossen Rates überraschend, dass diese 39 Wohnungen keine gute Wohnlage mehr darstellen würden. Festzuhalten ist auch, dass die «Zürich»

1999 – als es um die Umgestaltung des Messeplatzes und die Umzonung für den Messeturm ging – sich geweigert hatte, kooperativ mitzuwirken. Hätte die «Zürich» dies damals getan, wäre sie für einen Teil der 39 verloren gehenden Wohnungen ersatzpflichtig geworden. Mit dem beschlossenen Dringlichkeitsverfahren könnte nun die Rechnung voll zugunsten der «Zürich» aufgehen: **Abbruch der mässig rentablen Wohnungen und Bau eines Geschäftshauses mit vorzüglichen Renditeaussichten!**

**Frau Schneider – wir ziehen hier mit dem Referendum die Notbremse und verhindern damit den Abbruch dieser Wohnungen!**

Baslerinnen, Basler! Unterschreibt bitte sofort dieses Referendum. Unterschriftenbogen sind erhältlich bei: Schweizer Demokraten, Postfach 4219, 4002 Basel oder noch besser: Telefon 061 272 96 02.



Kanton Basel-Stadt

**Grossratsfraktion bekam Zuwachs!**

Seit kurzem zählt die SD-Grossratsfraktion 6, statt wie bis anhin 5 Mitglieder. Gesinnungsfreund Abdul R. Furrer verstärkt unsere Parlamentsgruppe als ein uns politisch nahestehendes (noch) parteiloses Grossratsmitglied. Der vor anderthalb Jahren auf der Liste der SVP kandidierende und nun nachgerutschte selbstständige Elektriker ist seit Jahren insbesondere im Unteren Kleinbasel politisch sehr aktiv und führt u.a. das Sekretariat eines Einwohnerkomitees, welches den Bau eines Gassenzimmers im Quartier verhindern will. Einige Leser werden sich fragen: «Wie kommt denn ein Basler zu

**Neuer Grossrat: Abdul R. Furrer***Margrit Buser, Fraktionspräsidentin*

diesem nicht alltäglichen Vornamen?» Die Antwort lautet: «Grossrat Furrer lebte und arbeitete jahrelang im arabischen Raum!»

Wir heissen den Neuling in der SD-Fraktion herzlich willkommen und wünschen ihm viele Erfolgserlebnisse im Basler Kantonsparlament.

**Soll dieses guterhaltene Wohngebäude einem renditeträchtigen Geschäftshaus weichen?****Referendum – gegen den Abbruch von 39 bezahlbaren und zweckmässigen Wohnungen an der Rosentalstrasse**

Direkt beim entstehenden Messeturm an der Rosentalstrasse 9, 11 und 13 befinden sich 39 Wohnungen, die bis anhin als gesunde Wohnsubstanz bezeichnet wurden. Den Wohnungen gegenüber liegt übrigens die Rosentalanlage.

**Plötzlich** soll nun alles anders sein, da die Eigentümerin dieser Liegenschaft, die Zurich Financial Services «Zürich» an deren Stelle ein Geschäftshaus errichten will. Warum wohl?

**Dringlichkeit?**

In der Mai-Sitzung des Grossen Rates sollte die Umzonung der genannten Parzelle behandelt werden – und dies mit Dringlichkeit – damit die Rampe für das Parking

des Messeturms noch rasch in den Neubau integriert werden könnte. Dieses Argument wurde schlichtweg herbeigeredet – schauen Sie sich die im Rohbau befindliche Parkingeinfahrt und Sie werden feststellen, wie grosszügig diese Einfahrt schon jetzt konzipiert ist. Dem Dringlichkeitsbegehren wurde leider trotz Widerstand von SVP, Bündnis und SD stattgegeben und letztlich der Gesamtvorlage zugestimmt.

**Baudirektorin Schneider als Handlangerin der «Zürich»?**

Frau Barbara Schneider berichtet ständig davon, in den nächsten Jahren 5000 neue Wohnungen in Basel errichten zu wollen, so u.a. deren



Kanton Basel-Land

**SD bereiten die kantonalen Wahlen vom 30. März 2003 vor**

Die Schweizer Demokraten haben in Liestal ihre diesjährige Generalversammlung durchgeführt. Rudolf Keller wurde als Kantonalpräsident einhellig wiedergewählt, ebenso Peter Brunner als Vizepräsident. Die gutbesuchte Generalversammlung stand vor allem im Zeichen der Wahlvorbereitungen für die kommenden Landratswahlen. Die **SD, als Baselbieter 10%-Partei**, sind gut vorbereitet, wohlgerüstet und sehr zuversichtlich, ein gutes Wahlergebnis zu erzielen zu

können. Es ist sicher, dass die **SD in allen Wahlkreisen mit eigenen Listen** antreten werden. Und das **Wahlkampfbudget wird mindestens dasjenige von 1999** erreichen.

Ob und wann die Schweizer Demokraten einen **Regierungsratskandidaten nominieren** werden, wird erst im Spätherbst bestimmt. Doch war es bei den vergangenen Wahlgängen jeweils so, dass die SD mit eigenen Leuten für die Regierungsratswahlen angetreten sind!



## Kanton Zürich

SD nehmen an den  
Regierungsratswahlen 2003 teil

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich hat beschlossen, dass sich die Partei an den Zürcher Regierungsratswahlen vom 6. April 2003 mit einer eigenen Kandidatur beteiligen wird.

Zu diesem Zweck werden in den nächsten Tagen Gespräche mit

möglichen Kandidat(inn)en aufgenommen.

Über die Nomination für den Regierungsrat wird die ordentliche kantonale Delegiertenversammlung vom 18. Juni 2002 in Winterthur entscheiden.

*SD des Kantons Zürich  
Christoph Spiess-Baumgartner*

Hysterische Forderung nach  
mehr «Wachstum»

Nach Bundesrat Couchepin kommt nun auch noch die OECD mit Ihrer Forderung nach mehr «Wachstum» für die Schweiz, und das obschon beide zugeben müssen, dass diese nach wie vor zu den reichsten Ländern der Welt gehöre und einen «Wohlstandsvorsprung» aufweise. Aber dieser «Wohlstandsvorsprung» sei angeblich am Schrumpfen, die Schweiz habe ein «Wachstumsproblem» und leide unter einer «Wachstumsschwäche», ihre «Produktivität» sei zu niedrig. Wieso protestiert denn kein Spitzenpolitiker gegen einen solchen Unsinn? Was würde nämlich «mehr Wachstum» für die Schweiz bedeuten? Trotz dieser angeblichen «Wachstumsschwäche» hat die Schweiz mit etwa zwei Prozent auch die weltweit niedrigste Arbeitslosenzahl. «Wachsen» könnte sie demnach nur durch den Beizug von noch mehr Arbeitskräften aus dem Ausland. Das wur-

de also – abgesehen von den Schwierigkeiten, die mit der Überfremdung zusammenhängen – noch dichtere Bevölkerung, noch mehr Umweltbelastung und Verbauung der letzten Erholungsgebiete, noch mehr Verkehrsinfarkte bringen. Warum kümmert sich die hohe Politik nicht vordringlicher um die sich öffnende Schere der Einkommensverteilung, «working poors» und Familien, die ihre Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können auf der einen Seite, Wirtschaftsmanager, die ihre Bezüge kaum mehr sinnvoll ausgeben können auf der andern Seite? Und wie passt dieses Gejammer zur angeblichen Zielsetzung der Entwicklungshilfepolitik? Sie verfolgt doch das Ziel, das internationale Wohlstandsgefälle ausgleichen zu wollen?

*Jean-Jacques Hegg Gemeinderat  
Dübendorf (a. Nationalrat)*



## Kanton Thurgau

Ittingen, der Bundesrat,  
das betrogene Volk!

Innert 10 Jahren (1992 – 2002) hat alleine der Bund für einen Asylleerlauf 10'300 Millionen oder 10,3 Milliarden Steuer-Franken – die viele Steuerzahler schmerzen und so manchen Betrieb in Not «mehr Luft zum Atmen» beschert hätten, ausgegeben – Für eine A-Politik, die vielen auf dem Magen liegt! Auch Krankenkassen müssen erneut Prämien steigern, 12%, 15% bis 20% und mehr meldet unser Boulevardblatt am 7. Mai! In fünf Jahren (1997 – 2002) ergaben sich 40% höhere Prämien. 2001 bescherte uns 5,5% und 2002 9,7% Steigerung der Prämien. Nach den Vorstellungen kranker Hirne soll nun die Höhe der Prämie für die

gleiche KK-Leistung vom Einkommen abhängig gemacht werden. Auch die Franchise soll für gut Betuchte teurer werden, so will Frau Dreifuss das kränkelnde Gesundheitswesen gesunden lassen. Auch der Bundesrat will in seiner Klausur in der Kartause Ittingen (22. und 23. Mai) die Krankenversicherung beraten... Doch wann wird unsere Exekutive Probleme endlich beim Namen nennen? Wann? Vor Jahren haben Experten der KK gewarnt, pro Jahr dürften nicht mehr als etwa 40'000 neu aufgenommen werden. All diese Warnungen wurden von Bundesrat und Regierungsparteien in den Wind geschlagen. 2001 sind alleine

etwa 40'000 Asylanten dazugekommen, über 100'000 Neueinwanderer mussten ebenfalls aufgenommen werden. Dazu haben Hunderttausende ihre Papiere vernichtet («Papierlose»); auch sie brauchen die KK! Nach Meinung der Experten haben viele dieser Menschen medizinischen Aufholbedarf. Viele seien nur darum in unser Land gekommen. Wen wundert, dass unsere Krankenkassen regelrecht zusammenbrechen und bald den Bankrott anmelden müssen? Es muss dringend gefragt werden, wie es kommt, dass immer mehr Asylanten aus fremden und fernen Ländern, ja Kontinenten hier Asylanträge stellen können? Dabei müssten sie dies im nächsten, ordentlich regierten Land tun. Dies wäre doch allerspätestens Italien, Frankreich, Deutschland

oder Österreich. Das zeigt doch eindeutig das totale Versagen von Bundesrat und Einrichtungen! Wozu also unsere Milliarden? Wozu das ganze Theater, der gewaltige Leerlauf? Entscheid hin oder her, Zehntausende bleiben einfach auf Kosten unseres Landes und auf Kosten der Gerechtigkeit. Wann aber werden unsere Grenzen verstärkt, anstatt Grenzposten aufzuheben? Wann wird endlich verhindert, dass solche Elemente überhaupt in unser Land kommen können? Das ist der Skandal, ein Bundesrat, der im Grunde solche Machenschaften mit seinem unsinnigen Tun schlicht und einfach unterstützt...

*Schweizer Demokraten,  
SD Thurgau  
Kantonale Parteileitung  
und GL Thurgau*

## UNO – mein Alptraum

Ich konnte nicht glauben, dass eine Bäuerin aus der Schweiz, Frau Lisbeth Ulrich, in der offiziellen Bauernzeitung unseres demokratischen Landes, so etwas schreiben konnte und durfte: «Die UNO fördert die Frauen» – gewiss, dieser Titel wäre eine Wucht. Leider habe ich in vielen Ländern die bitteren Realitäten, insbesondere für die Frauen erfahren und erliden müssen. Frau Ulrich müsste trennen zwischen idealistischen Buchstaben und Absichtserklärungen und den Realitäten in der Welt draussen. Wie traurig weltweit Gewalt gegen Frauen selbst unter den Flaggen der UNO praktiziert wird, zeigen typische Beispiele, etwa Indien und ganz sicher alle islamischen Staaten. Was nützen schöne UNO-Erklärungen, wenn sie nie und nimmer umgesetzt werden und keine Polizei der Welt je bereit wäre, entsprechende Verstöße zu ahnden. In der UNO haben fünf Staaten absolute Sonderrechte; das Diktat von China, USA, Russland, Frankreich und England ist total undemokratisch; mit dem Veto können diese Staaten alles errei-

chen oder verhindern – ganz im Gegensatz zu allen anderen, beinahe 190 UNO-Staaten. Wie kann da eine Frau aus der Demokratie Schweiz Werbung machen? Wenn Frau Ulrich auch andere UNO-Texte studiert hätte, wäre sie sicher bald verstummt. Denn die Familienpolitik der UNO ist marxistisch-leninistisch ausgerichtet. Dazu gehört eine familienexterne Kinderbetreuung ab 2. Lebensjahr. Kindererziehung ist Sache des gottlosen Staates; sie kommen früh in Kinderkrippen und weg von den Eltern. Im Kibbutz in Israel werden diese Vorstellungen umgesetzt. Die UNO behauptet ferner, die traditionelle Familie unterdrücke die Frau, die Mutterrolle sei lästiger Ballast, der Frauen an ihrer Selbstverwirklichung hindere... Es gäbe noch so viele irrsinnige UNO-Realitäten aufzulisten. Bleiben wir bei unseren Familien und bei unserer unabhängigen Demokratie und behalten wir doch um Himmelswillen unsere Freiheiten und unsere Unabhängigkeit!

*Willy Schmidhauser, Dettighofen*

## Thurgauer Volk – kluges Volk!

Die Abstimmungsergebnisse auf Bundesebene haben wir befürchtet und bedauern, dass die finanziellen und materiellen Mittel, die für die Mutter- und Kind-Initiative aufgewendet wurden, nicht zur Bekämpfung und Aufklärung über die fragwürdige Fristenregelung verwendet wurden. Dem Thurgauer Volk darf einmal mehr zum IKB-Entscheid von Herzen gratuliert werden. Trotz intensiver und einseitiger Werbung, vor allem auch in vielen Medien, hat das Volk die Falle erkannt! Der Unsinn, dass die IKB kapitalkräftigen Aktionären nochmals verkauft werden sollte,

obwohl sie bereits Eigentum aller Bürger ist, wurde abgeschmettert. Die Schweizer Demokraten sprechen nach dieser Entscheidung dem Stimmbürger ihre Hochachtung aus – vor allem in Anbetracht der total einseitigen Berichterstattung in gewissen Medien, Parteinahme von Politikern und die skrupellose Verwendung von Bankgeldern für die einseitige Beeinflussung der Stimmbürger. Die SD Thurgau erwartet nun eine demokratische und korrekte Aufarbeitung der anstehenden Fragen und Zusammenhänge.

*SD Thurgau, Kant.  
Parteileitung und GL Thurgau*





### Liebe Leserinnen und Leser

Wir haben eine grosse Anzahl Zuschriften, welche wir (noch) nicht veröffentlichen konnten. Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, um so eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation.

Ihre SD-Redaktion

## Verbrecher nicht «Autonome»

Die Teilnehmer der unbewilligten 1.-Mai-Demonstration in Zürich werden in einzelnen Medien als «Autonome», «linksradikale Autonome» oder als «gewaltbereite Autonome» bezeichnet. Was immer diese Leute sein mögen, eines sind sie nicht: Autonome. Das ist falsch, verharmlost und führt gedanklich in die Irre, ein ärgerlicher Fall von Wortbesetzung. Autonomie ist ein

grosses Ziel, eine ehrenhafte Haltung. Autonom bedeutet unabhängig souverän, eigenständig, eigenverantwortlich, frei, emanzipiert, selbständig.

Wer Menschen verletzt und fremdes Eigentum beschädigt, hat die Charakterisierung als autonom nicht verdient. Er ist nur kriminell.

Bruno Imfeld, Murgenthal

## Ist Bundesrat Deiss vergesslich oder wortbrüchig?

In der Kartause Ittingen forderte Bundesrat Deiss in einem Grundsatzpapier zur UNO-Politik, die Schweiz müsse sich den Positionen der Europäischen Union anschliessen, d. h. ihre Neutralität aufgeben. Das würde bedeuten, dass die Schweiz Truppen nach Palästina und andere Hexenkessel entsenden müsste. Damit bricht Deiss das vor der UNO-Abstimmung zusammen mit dem Bundesrat abgegebene Versprechen, die Schweiz werde eine eigenständige neutrale Aussenpolitik betreiben. Die Kollegen im Bundesrat waren empört und wiesen das Papier zurück mit dem Auftrag, die Anlehnung an die EU zu streichen. Sogar aus den Reihen seiner eigenen Partei kam heftige Kritik; Ständerat Bruno Frick: «Es kommt nicht in Frage, dass die Schweiz zu einer Dependence der EU wird.»

Es ist erstaunlich, mit welcher Arroganz und Selbstherrlichkeit Deiss immer wieder gegen den klaren Willen der Mehrheit unseres Volkes auf die EU lossteuert und

sogar nicht davor zurückschreckt, das Volk vor einer eminent wichtigen Abstimmung anzulügen. Damit bricht er auch seinen Amtseid, den er vor der Vereinigten Bundesversammlung geschworen hatte: «Ich schwöre vor Gott, dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze des Bundes treu und wahr zu halten; die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren; die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die Rechte des Volkes und seiner Bürger zu schützen und zu schirmen... So wahr mir Gott helfe.» Oder ist unter Eidgenossen sogar der Eid nur noch zu einer leeren Floskel geworden? Der Rat von Bruder Klaus «Mischt euch nicht in fremde Händel!» ist für unser kleines Volk seit Jahrhunderten zum grossen Segen und zu unserer obersten Staatsmaxime geworden. Eine seit Jahrhunderten bewährte Aussenpolitik, die grosse Früchte getragen hat wie z. B. das Rote Kreuz, wirft man nicht leichtsinnig über Bord.

Arnold Guillet, Stein am Rhein

## Die EXPO-Kulturschaffenden haben uns übers Ohr gehauen

Eigentlich durfte man auf Grund der Aussagen der Expo-Promotorin Elisabeth Zölch in einer Samstaggrundschau im Mai 1996 nichts anderes erwarten, als uns die Expo.02 heute präsentiert, selbst wenn man es seither vermieden hat, über den Inhalt der Landesausstellung zu reden. Auch die Präsidentin und Generaldirektorin Jacqueline Fendt wusste dem

Volke und der Regierung nichts anderes zu vermitteln, als dass sie die Schweiz verändern wolle, ohne Erläuterungen dazu abzugeben. Die von ihr ernannte Kunstdirektorin Pipilotti Rist plauderte aus, dass die Ausstellung chaotisch sein werde, noch bevor sie durch Martin Heller abgelöst wurde, der seinerseits beim Antritt des hochdotierten Postens meinte, «ich trete

nicht für die Schweiz an», was die Erwartungen erneut vernebelte. Jedenfalls überzeugte auch diese Aussage nicht, eine «existierende» Schweiz darstellen zu wollen.

Was dann mit einem Jahr Verspätung herauskam, entsprach nicht den Erwartungen einer Mehrheit des Volkes, aber auch nicht dem, was jedes Land der Erde als Landesschau präsentieren würde. Heraus kam eine völlig verfremdete, atypische Schweiz, eingeleitet mit unschweizerischen Mythen und einem Tingeltangel, als befänden wir uns auf einem fremden Stern. Rund 1,5 Milliarden Franken kostet dieses Spektakel insgesamt – so wird es genannt – und manch einer fragt sich, ob dies alles ist, was die Schweiz heute zu bieten vermag. Sicher hätte man mit würdigen einheimischen Erzeugnissen und unverfälschtem Brauchtum, aber

auch der stets bereiten Landesverteidigung weit mehr Begeisterung im Volke ausgelöst. Wer die Wirtschaft absichtlich bremst, muss als Folge eine soziale Armut in Kauf nehmen!

Es macht in der Tat den Eindruck, als wären wir (das Volk) einmal mehr übers Ohr gehauen worden, ohne dass dies die Regierung verhindern konnte. Eine Beförderung für die Expo.02 Verantwortlichen wäre jedenfalls das Verkehrteste, das man tun könnte.

Es wird im Gegenteil nötig sein, das durch die Expo.02 verfremdete Bild der Schweiz anlässlich traditioneller Anlässe wieder zu korrigieren und den fragwürdigen Kulturschaffenden in Zukunft ihr unrühmliches Handwerk zu legen. Eine positivere Kritik kann ich dem Expo-Desaster nicht geben.

Albert Stocker, Riniken

## Mehr Volksnähe ist gefragt

Die bilateralen Verträge mit Brüssel zeigen bereits ihre ersten Früchte. So hat zum Beispiel der Nord-Süd-Verkehr am Gotthard für die Bevölkerung mehr Ärger als Erfreuliches gebracht. Auch beim Flugverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland bahnen sich negative Folgen an. Der Bundesrat will nun auch das Schengener-Abkommen vorantreiben. Dies bedeutet für die Schweiz Öffnung unserer Grenzen für jedermann. Drogenhandel und Kriminalität werden

unser Land noch mehr belasten. All dies sind heute Zeichen, dass unser Land immer mehr dem Diktat aus Brüssel unterstellt wird. Unsere Regierung täte gut daran, wieder etwas mehr Volksnähe zu zeigen und die Anliegen der Bürger (-innen) ernst zu nehmen. Die nationalen Werte sind den internationalen vorzuziehen. Wir laufen immer mehr in Gefahr, dass die Demokratie durch ein zentralistisches System ersetzt wird.

Otto Vogt, Wetzikon

## Skandalöser TV-Werbespot

Neuerdings beklagt in einem Werbespot des Schweizer Fernsehens eine Dame mittleren Alters in schweizerdeutscher Mundart «mit französischen Untertiteln auf dem welschen Kanal) und in anklägerschem, jammervollem Tone die Überbevölkerung unseres Planeten. Während Tiere in einem zu engen Lebensraum aggressiv werden, sich gegenseitig auffressen und sich nicht weiter vermehren, sei dies bei den Menschen nicht so, denn diese vermehren sich trotz Überbevölkerung munter weiter. Deshalb sei sie für einen radikalen Bevölkerungsstopp und zwar global und nicht nur auf die Dritte Welt beschränkt. Ein bei uns geborenes Kind beanspruche nämlich viel mehr Nahrung und Rohstoffe als ein solches in einem Entwicklungsland; zudem fahre es Auto und benütze Flugzeuge, wodurch es die Umwelt viel stärker belaste als ein Dritt-Welt-Kind. Sie könne nicht verstehen, weshalb viele Frauen bei uns noch den Wunsch hegen, Kinder zu «werfen» (sie sagte wirklich «werfen»). Möchte ein Paar unbedingt Kinder, so sollte es ein «Strassenkind» aus einer Grossstadt-Agglomeration der Dritten Welt adoptieren. Dieser Spot habe eine Minute

gedauert, während welcher 170 Kinder frisch auf die Welt gekommen seien. Soweit diese Fernsehwerbung.

Statistisch gesehen braucht es, um die Bevölkerung lediglich stabil zu erhalten, pro Frau 2,1 Kinder. Mit Ausnahme des muslimischen Albaniens erreicht kein europäisches Land diese Reproduktionsrate. In der Schweiz beträgt diese nur etwa 1,27, in Italien 1,2 und in Spanien 1,07. Das Problem der Überbevölkerung des Planeten liegt somit nicht bei uns Europäern, sondern in den Entwicklungsländern. Stammt der genannte Werbespot aus der Küche einer kirchlichen oder karitativen Organisation, so wäre dies nicht erstaunlich. Dem ist aber nicht so, denn diese Sequenz ist ein Gemeinschaftswerk der Swisscom und der Expo.02, also von Unternehmen, die dem Bund mehrheitlich gehören bzw. von ihm in Milliardenhöhe subventioniert werden. In andern Worten, der Staat finanziert eine heimtückische Kampagne für den langsamen Untergang des Schweizervolkes. Es wäre falsch, diesen Fernsehspot lediglich als schlechten «Gag», als Entgleisung abzutun. Dahinter liegt Methode!

Max P. Morf, Genf



## Le voile se déchire



Maria de  
Seinmers,  
Cernier

Vu que l'attentat du 11 septembre est encore pour longtemps dans les mémoires tant il a été médiatisé à la manière des films d'horreur d'Hollywood, il est indispensable d'éclairer les peuples concernés et bernés sur l'effroyable machination qui est à la base de cette catastrophe, et dont j'ai cru être, dès le départ, un show télévisé.

Les renseignements que donne Thierry Meyssan dans son livre «L'Effroyable Imposture», publié aux Editions Carnot en mars 2002 devraient être hurlés urbi et orbi, afin d'éviter un lavage de cerveau généralisé et planétaire. Je vais essayer de vous révéler au cours de

ma lecture, les points saillants et contrôlables et je commence par les délits d'initiés (traduire FRIC) qui pourraient bien être une des raisons majeures de ce monstrueux attentat.

«Dans les six jours précédant l'attaque, il a été constaté que des manœuvres caractéristiques aux délits d'initiés ont été réalisées. L'action United Airlines (Compagnie propriétaire des avions qui se sont écrasés sur les tours) a artificiellement chuté de 42%. Celle d'American Airlines (compagnie propriétaire de l'appareil qui s'est soi-disant écrasé sur le Pentagone), a chuté de 39%. Aucune autre compagnie aérienne dans le monde n'a fait l'objet de telles manœuvres, à l'exception de KLM (Royal Air Dutch Airlines qui avait peut-être été choisie pour être un cinquième détournement.»

«Des agissements identiques ont été constatés sur les options de vente du Morgan Stanley Dean Witter & Co qui ont été multipliées par douze dans les semaines

précédant les attentats. Cette compagnie occupait 22 étages du World Trade Center. Pareil pour le premier courtier de Bourse du monde, Merrill Lynch & Co, dont le siège social qui se trouve dans un immeuble voisin, dont l'action a été multipliée par vingt-cinq. Et surtout pour les options de vente de assureurs impliqués, Munich Re, Swiss Re et Aya.»

«La Commission de contrôle des opérations boursières de Chicago a été la première à donner l'alerte. Elle constata que les initiés avaient réalisé 5 millions de \$ de plus-values sur United Airlines, 4 millions de \$ sur American Airlines, 1,2 million de \$ sur Morgan Stanley D.W. & Co, et 25 millions de \$ sur Merrill Lynch & Co. Face aux enquêteurs, les initiés ont probablement renoncé à encaisser 2.5 millions de \$ de plus-values sur American Airlines qu'ils n'avaient pas eu le temps d'encaisser avant que l'alerte ne soit donnée.»

On peut constater que c'est le plus important délit d'initié commis à

ce jour sur notre planète et lorsque j'ai accusé le système boursier qui se met en place dans le monde de «Jeu de l'avion», j'avais raison. Les vampires assoiffés d'argent et d'or ne reculent maintenant plus devant l'assassinat massif d'êtres humains qu'ils considèrent comme ces gladiateurs dans l'arène de Rome ou de Bagdad.

Cela évidemment exclut Oussama Ben Laden de cette terrible mise en scène puisque tous ses comptes bancaires et autres fonds personnels ont été bloqués déjà avant l'attentat. Il doit survivre avec quelques aides financières secrètes pour compenser le fait qu'il a perdu la face dans son rôle de bouc émissaire. Il est bien connu des manipulateurs politiques ou magiciens, qu'en braquant l'attention des gens sur un point secondaire de leur performance, ils cachent en réalité le clou de l'histoire.

Je vous donne rendez-vous au prochain numéro de cette effroyable pièce théâtre d'un nouveau et épouvantable genre.

## Le voile se déchire (2<sup>e</sup> partie)

Le fait que les Etats Unis, Tony Blair à leur côté, et la France en tête, aient réussi à mobiliser les populations des pays du monde entier, pour célébrer politiquement et religieusement le 14 septembre en faveur des seules victimes américaines des attentats du 11 septembre, prouve qu'il y a manipulation et une forte pression pour institutionnaliser dorénavant, chaque année, ces attentats.

Il faut croire qu'un puissant réseau d'influence existe pour téléguider ce nouveau mythe, laissant de côté les millions d'autres victimes sur cette planète. Donc on peut s'attendre à ce que toutes contestations de la vérité officielle seront considérées comme un sacrilège. N'y a-t-il pas dans ce processus un relent de futures interdictions ressemblant à celles de la Shoah ou de l'Holocauste? Faudra-t-il ajouter au mot antisémitisme dans notre article 261<sup>bis</sup>, (ou Gayssot pour la France) celui d'antiaméricanisme? Ceci est d'autant plus plausible, qu'un dispositif pour imposer ce deuil international avait déjà été mis en place secrètement en octobre 2001. Un bureau pour l'influen-

ce stratégique au Pentagone, placé sous le commandement du général Simon Pete Worden, ancien patron de l'US Space Command a été mis en place pour les programmes internationaux du Département d'Etat (qui comprend les émissions radiophoniques de la Voice of America) par le groupe militaire d'informations internationales du Colonel Brod Ward afin de manipuler les opinions publiques et les gouvernements occidentaux. A noter en passant que Rumsfeld, le secrétaire à la Défense a rappelé qu'il était favorable au slogan de Winston Churchill qui disait: «que la vérité est parfois si précieuse (horrible dirais-je) qu'elle doit être accompagnée de gardes du corps du mensonge». CQFD.

Tiré du livre de Thierry Meyssan: «L'Effroyable imposture.»

Maria de Seinmers



## Mesures prises pour museler la vérité

### 3e partie du livre de Thierry Meyssan: «L'Effroyable Imposture»

Le 14 septembre, le Congrès des Etats Unis autorise le président W. Bush à recourir à «toute force nécessaire et appropriée contre tout Etat, organisation, ou personne qui aurait préparé, autorisé, accepté ou facilité les attaques terroristes.

Le président obtenait immédiatement 40 milliards de \$ de crédit pour conduire à bien ces actions:

- Mobilisation de 50'000 réservistes
- Désignation officielle de Ben Laden comme premier responsable
- Lancement d'un ultimatum à Ben Laden et Al Qaida
- Création d'un bureau de sécurité du territoire
- Le 2 octobre, Pete Aldridge, sous secrétaire à la défense somme tous les fournisseurs des armées de parler de leurs activités aux civils
- Le 4 octobre, même consigne aux officiers et soldats de l'Air Force de parler aux journalistes, d'envoyer des e-mail ou autres lettres à l'étranger
- 5 octobre, Interdiction aux mem-

bres du cabinet de W. Bush de communiquer des informations aux parlementaires.

- le secrétaire adjoint Paul Wolfowitz distribue une note aux employés de son ministère afin qu'ils usent de la plus grande prudence lorsqu'ils parlent dans des lieux publics, ou en utilisant des moyens de communication électroniques non sécurisés.
- Le 11 septembre, le FBI demande aux compagnies aériennes impliquées de ne pas communiquer avec la presse.
- Le même jour, le FBI arrête à leur domicile, deux journalistes, Jules et Gédéon Nandet, pour confisquer leurs films pris à l'intérieur des tours de Manhattan, durée de la vidéo, cinq heures.
- Idem pour la société Odigo qui avait reçu des menaces et le message d'alerte pour limiter le nombre de personnes dans la tour.
- La presse ne peut interroger ni

Suite en page 14

## Mesures prises pour museler la vérité

Suite de page 13

- les pilotes, ni les employés des bases de Barshdale et d'Offut.
- l'association des avocats américains annonce que seront rayé du barreau tous juristes qui' tenteraient une procédure au nom des familles des victimes.
- Le 10 octobre, les directeurs de chaînes de télévision reçoivent un ordre de la conseillère nationale de sécurité, Condleezza Riva, de faire preuve de retenue et de filtrer leurs informations.
- Le rédacteur en chef du journal City Sun, Ron Cutting et le rédacteur en chef Dan Cuthrie du Daily Courier sont licenciés pour avoir critiqué W. Bush. Ces mesures sont édictées pour une durée de quatre ans, mandat présidentiel (*Mesures dictatoriales copiées sur l'ex URSS*).

Nous vous avons déjà parlé des mesures restrictives vis-à-vis des étrangers soupçonnés de terrorisme, en provenance d'Orient; de leur garde à vue prolongée; de l'impossibilité d'avoir un avocat; d'intercepter leur courrier et coup de téléphone; qu'ils ne seront pas jugés par un tribunal militaire, mais par des commissions militaires qui établiront elles-mêmes leur code de procédure. Les séances seront tenues à huis clos et les preuves ne seront pas communiquées aux prévenus.

- Le même jour, le département de la Justice raffle 5000 personnes d'origine moyen-orientales en situation régulière (*Méthode du KGB*)
- Le 28 septembre, le département d'Etat US demande aux Nations Unies de faire adapter des législations similaires à ses membres et jusqu'à ce jour 55 pays, dont la France, l'ont fait.

Comme on le voit, il n'est pas étonnant que la liberté de la presse se réduit à la portion congrue, que les nouvelles TV sont tronquées et ne se braquent que sur des événements anodins. Les Droits de l'homme ne sont plus qu'un chiffon de papier et si Powell est venu en Europe, c'était pour superviser la bonne application de ses ukases et installer une antenne dans les bureaux d'Europol. Big Brother n'est plus une fiction.

Questions: Pourquoi empêcher le Congrès de toute investigation? Pourquoi interdire tout échange de vue dans les bureaux du Pentagone, des compagnies d'aviation, pourquoi museler et censurer la presse?

Doit-on croire que la Déclaration d'Indépendance et la Constitution des Etats Unis est morte? Nous assistons à la résurrection d'un fascisme qui ne dit pas son nom, et à un théocratisme de circonstance.

Maria de Seimners

## Le voile se déchire (4<sup>e</sup> partie)

L'Effroyable imposture de Thierry Meyssan – Le pétrole

Le président George W. Bush en date du 7 octobre 2001 intervient solennellement à la télévision en commençant son discours par «La Guerre a commencé, les forces américaines ont commencé à attaquer les terroristes en Afghanistan». Cette déclaration cachait en réalité non pas une guerre de libération des Taliban, mais une guerre coloniale d'occupation dont le but réel est le pétrole. Sa phrase «Nous sommes appuyés par la volonté collective du monde» martelait le fait que sa stratégie avait porté ses fruits, entraînant dans la spirale guerrière avec achats de matériel militaire payés par les contribuables télécommandés des pays industrialisés qui n'en demandaient pas tant.

La réponse d'Al Qaïda et de Ben Laden a suivi le même chemin évitant soigneusement de parler de pétrole, le grand enjeu (et le seul) de cette mascarade. Donc, vu le déroulement pendant et après les attentats du 11 septembre, les affaires pouvaient continuer.

Après l'effondrement de l'URSS et à l'indépendance des Etats d'Asie centrale qui sont persuadés d'avoir «ouvert le Grand Jeu», (expression forgée par Rudyard Kipling en 1905 qui désigne les luttes d'influence que les Grands Empires se livraient dans la région, tout en évitant autant que faire se pouvait de s'affronter directement), la région qui détient de très impotentes réserves de gaz et de pétrole était à portée de main des pétroliers.

En entrant à la Maison Blanche, George W. Bush a composé son équipe en fonction des grandes manœuvres pétrolières à venir. Les grands commis du lobby du pétrole sont donc: Condoleezza Rice, une ancienne dirigeante de Chevron Texaco, le secrétaire à l'intérieur. Gale Norton représentant les intérêts de la B.P. Amoco, et ceux de la Delta Oil, le fils de Dick Cheney ancien président de l'Halliburton

(le premier équipementier du pétrole mondial instituant une politique énergétique dans la perspective d'un développement mondial (NEPD). Ces bureaux divers sont ultra-sécurisés, la liste des employés et participants aux différentes réunions sont un secret d'Etat et il est interdit de fixer par écrit les minutes des débats. Tout ce qui les concerne est si mystérieux, que le Washington Post les qualifie de sorte de société secrète.

Les commentateurs (qui ignorent toujours les vraies causes de la faille Enron, courtier mondial en énergie) s'accordent à penser que l'objectif primordial du NEPD est d'exploiter les ressources en hydrocarbures de la mer Caspienne. La question est de savoir quelle priorité donner au gaz ou au pétrole et comment négocier tout ça avec la Russie et l'Iran.

Un pipeline serait construit pour relier la Caspienne à la Méditerranéenne traversant l'Azerbaïdjan, la Georgie et la Turquie. En attendant un autre a été réalisé pour relier la Caspienne à la Mer Noire, malheureusement en passant par la Russie qui prélève la dime. Il a été inauguré le 27 novembre 2001. Seulement «ils» n'ont pas prévu tout ce qui est arrivé dans la région et qui était planifié de longue date. Le troisième le plus prometteur, devrait relier la Caspienne à l'Océan Indien (construit par la firme UNOCAL avec l'aide de Delta Oil) mais il y avait problème, le pipeline devant traverser non seulement le Pakistan, mais aussi l'Afghanistan où il y avait des luttes intestines. En décembre 1997 déjà, UNOCAL a dû suspendre son projet face à l'incompréhension des Taliban. Toutes les tentatives de déblocage ayant échoué, il n'y avait plus qu'à concocter toute une mise en scène consistant à éliminer les «rebelles» (donc aucunement pour raisons humanitaires et sauvetage des femmes).

Cela prouve sans aller plus avant

dans la démonstration, qu'une fois de plus le pétrole est à la base de toutes les guerres et autres atrocités qui se sont poursuivies tant en Afrique, qu'en Amérique latine et en Irak.

La cerise sur le gâteau est le fait que la culture du pavot interdite sous les Taliban et liée étroitement au pétrole, a été de nouveau libérée en Afghanistan et ce poison recommencera à polluer les corps dans l'Amérique du Nord, ce dont Bush et ci se moquent éperdument. Donc, les palabres au Pakistan ne préparent plus la paix, mais la guerre et la reconstruction.

Maria de Seimners

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

### ABONNEZ-VOUS

- Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des  
Démocrates Suisses **DS**

#### Secrétariat central:

Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch

#### Rédaction:

Démocrate Suisse  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
E-Mail:  
sd-ds@bluewin.ch

## Le voile se déchire

5<sup>e</sup> partie du livre de Thierry Meyssan, L'Effroyable imposture

### Le terrorisme – Un autre regard

Pendant que l'opinion publique frémit et se passionne, la guerre au terrorisme a commencé dans l'ombre depuis des siècles. Le terrorisme n'est pas un Etat et moins encore une organisation ou une doctrine, mais un mode d'action. Il peut être organisé par des gouvernements (voir Robespierre et son régime de la Terreur) comme il peut être le fait de minorités d'opposants. Le terrorisme est parfois

pleinement justifié. Ainsi, pendant la seconde guerre mondiale, la résistance française engagea des actions terroristes contre les forces d'occupation, de la collaboration civile et militaire. L'expression «Guerre au terrorisme» n'a en elle-même pas plus de sens que «Guerre à la guerre».

George W. Bush lui, ne considère pas comme terrorisme les actions des Escadrons de la Mort au Nica-

Suite en page 15



Suite de page 14

ragua au point de nommer leur ancien protecteur John Negroponte, ambassadeur des Etats Unis à l'ONU. Pour lui, le terroriste est celui qui refuse d'obéir à ses ordres et n'accepte pas le leadership américain.

La CIA de son côté a demandé par l'entremise de son président Tenet, le pouvoir d'utiliser tout instrument des opérations secrètes, y compris le meurtre. Un autre but de la CIA est de renforcer les liens avec d'important services secrets étrangers. Utiliser de tels services comme sous-traitants avec l'aide de centaines de millions de \$ du budget pourrait tripler ou quadrupler son efficacité. Il y a lieu de dire que le plus grand terrorisme du monde se cache au cœur de la CIA.

Teneur exposa au Président et à son Conseil, sa stratégie en Afghanistan et un document intitulé «matrice de l'attaque mondiale» décrivait des opérations secrètes dans 80 Etats qui sont en cours ou qu'il recommande de laisser continuer. Ces actions vont de la propagande de routine au meurtre en préparation d'attaques militaires. Rumsfeld approuva malgré les rivalités habituelles qui séparent la CIA du Pentagone et Bush s'écria avec chaleur: «beau travail!»

Donc, cette guerre secrète a déjà commencé, en voici quelques exemples: Le 11 novembre le leader en Papouasie occidentale Theys Eluay a été enlevé par une unité spéciale de l'armée indonésienne la KOPASSUS, unité impliquée dans les massacres du Timor oriental et fondée par la CIA. Theys Eluay militait pour l'indépendance de son

pays et s'opposait au pillage des sources minières par Freeport Mc Moran, une entreprise de Louisiane dont le Dr. Kissinger en personne est directeur émérite.

Le 23 septembre 2001, le chef Bola Ige, ministre de la justice du Nigéria était assassiné dans sa chambre par un commando non identifié. Il contestait les privilèges accordés à Chevron (dont Condoleezza Rice fut directrice, et Exxon Mobil).

Le 27 janvier 2002, Abdullah Syaffi qui réclamait l'indépendance de la province d'Aceh et s'opposait aux forages d'Exxon Mobil fut assassiné par un commando de la KOPASSUS.

Le 24 janvier, le leader d'extrême droite Elie Hobeika, chef des chrétiens du Liban, et tous ses gardes du corps, responsable du massacre de Sabra et Chatilla, en 1982 et qui s'était retourné contre Israël et se préparait à aller témoigner contre Sharon au procès intenté contre lui en Belgique pour crime contre l'humanité. (Qui n'a pas encore été concrétisé) Le Mossac et la CIA ont été mis en cause.

Donc, sans aller plus loin dans la longue liste des crimes d'Etat fomentés par les Etats Unis via la CIA, il y a de quoi réfléchir et se demander qui sont vraiment les vrais terroristes. Nous sommes tous en ligne de mire avec la globalisation, la mondialisation et le régime totalitaire qui se met rapidement en place à coups de mensonges et de propagande télévisée. Scénario hollywoodien rôdé de longue date, but ultime des forces occultes qui se dévoilent peu à peu dans les larmes et le sang.

Maria de Seimners  
FIN de cette série

## Le Piloni

### Sport et magouille

Lorsque j'ai entendu que monsieur Blatter de la FIFA allait être en concurrence avec un Camerounais, même si je ne m'intéresse pas, mais pas du tout au foot, mon sang n'a fait qu'un tour. Et j'ai pensé: «Pourvu que Blatter passe!» Pourquoi? Simplement parce que Blatter est Suisse, donc côté finances mieux préparé à tenir les cordons de la bourse qu'un collègue africain. J'avais devant les yeux les nombreuses accusations et arrestations de la filière Nigérienne qui vidait les boîtes aux lettres pour chiper les chèques qui étaient falsifiés, et dernièrement la Z-connexion impliquant une énorme escroquerie au niveau international de faux transferts bancaires au détriment des PME, et autres comptes. C'est triste d'amalgamer la mentalité de ces ressortissants peu reluisants à un Camerounais qui est sûrement honnête. Mais je n'o-

serais pas mettre ma main au feu pour le défendre, vu les pertes abyssales qui sortent à la surface financière biraroïde que nous traversons.

### Caisse maladie arnaqueuses

Pour vous prouver que cette période financière est dangereusement malade d'arnaqueurs conscients ou inconscients, prenons les derniers krach en date. Messier, Enron, BCG, BCV, et j'en passe, sauf Helsana que je montre du doigt. Est-il normal de jouer en bourse les cotisations d'assurés, et en cas de pertes graves, de faire boucher les trous financiers en augmentant les cotisations ou en criant famine auprès des autorités fédérales qui gèrent nos impôts? J'ai toujours dénoncé les boursico-teurs et surtout ce système mondial aberrant qui consiste à faire des promesses presque jamais tenues de gains en intérêts faramineux!

Passes encore si l'on joue avec ses propres fonds, comme au casino, mais mettre en jeu l'argent des autres, c'est ébouriffant. Je n'appartiens pas à Helsana et à aucune des caisses déficitaires, par contre j'épargne à l'AVS qui, elle aussi, s'est permise de jouer avec nos économies et a déjà perdu 8 milliards. Les citoyens se rendent-ils compte que des joueurs invétérés les prennent pour des canards sauvages?

### Revenons au Mondial

La planète débloque comme dirait un supporter. Est-il possible que des pays entiers, la France en tête, arrosent par leurs médias et sur les ondes, des populations qui sont obligées bon an, mal an, d'avaler les indigestes et plutôt débiles commentaires de héros qui ont un ballon à la place de la tête, et des ballons dans leurs pieds. Cette propagande ressemble fort à du prosélytisme sectaire. Afin de ne pas m'abêtir, je suis forcée de zapper ou de couper les émissions, et de jeter à la corbeille à papier la moitié de mes journaux. Merci à vous journalistes qui, comme des moutons de Panurge, suivez les tendances du moment, à faire déborder la casserole.

### Climat en délire

On apprend que la Suisse est le pays le plus affecté par le réchauffement de la planète. A l'échelle du globe, c'est presque normal puisque par notre petitesse nous concentrons les nuisances plus que tout autre pays disposant de grands espaces qui peuvent diluer les gaz toxiques et autres émissions malheureuses. Quand on voit les millions de camions qui s'engouffrent dans nos vallées engoncées au sein de montagnes agglomérées les plus hautes d'Europe, donc emmagasinant toutes sortes de gaz délétères, il est «normal» d'avoir à supporter les agressions étrangères (nos propres petits camions n'étant pas mis en cause). Encore une fois nous sommes les dindons de la farce, et nous devons payer aujourd'hui nos 750 ans de dolce vita sans bombardement, car les agressions viennent de tous côtés. Secret bancaires, comptes en déshérence, or de la banque nationale, racisme, antisémitisme, anti-islamisme et blanchiment d'argent sale. Jusqu'où cela va-t-il aller? Nos autorités vont-elles continuer à baisser pavillon devant l'ONU, l'OTAN, le CJM, les Trilatéralistes, les mondialistes et l'UE? *Octopus, le 30 mai 2002*

### Interruptio de grossesse – assassinat ou protection?

Il est naturellement trop tard pour influencer les résultats des votations du 2 juin concernant tint pti-on ou non de grossesse. En lisant les lettres de lecteurs, il y a eu autant de gens qui sont favorables

à la nouvelle solution des délais que ceux qui prônent la «Vie à tout prix».

A ce stade, je me pose une question pas encore soulevée par les promoteurs du «Oui à la Vie». Ils ne sont pas sans savoir que les faiseurs de monstres sont très avancés dans la production de clones, animaux ou êtres humains, comme le gynécologue italien Severino Antinori. Des rapports montrent que beaucoup d'essais sont nécessaires pour obtenir un résultat, et si celui-ci produit un être vivant, il y a de fortes chances pour qu'il meurt rapidement.

J'ai plusieurs questions à poser à ces fanatiques qui veulent imposer leur loi «divine»:

- 1) De telles naissances humaines sont elles considérées comme d'essence divine et donc à protéger?
- 2) En cas de malformation prévisibles, peut-on procéder à l'IVG?
- 3) Quelle est leur position vis-à-vis de clones créés pour transplantation d'organes? (Jusqu'à présent, il s'agit d'expériences sur les animaux, mais qui dit qu'on n'en arrivera pas à les faire sur les êtres humains?)

Il est inutile de protester contre ces suggestions terribles, mais n'en déplaît au lecteur, on a vu pire que ça.

*Octopus, le 29 mai 2002*

### Genève peut crier Ole pour les bilatérales

Outre 60 postes pour des fonctionnaires on charge d'absorber le travail administratif supplémentaire créé par l'entrée en vigueur des bilatérales, cela coûtera 30 millions sur deux ans aux contribuables genevois. En effet, entreront en vigueur:

- l'égalité de traitement entre autochtones et ressortissants de l'U.E.
  - participation pleine et entière des travailleurs de l'U.E. aux assurances et autres avantages sociaux, comme allocations familiales revues à la hausse,
  - prestations d'assurance maternité,
  - assurance maladie
  - frais de chômage gonflés de six millions, les ayant-droits augmentant
  - suppression des taxes administratives pour permis de séjour et d'établissement soit 3 millions de moins,
  - allocations d'études et de formation qui coûteront 2 millions.
- Les recettes fiscales prévues à environ 6 millions, ne compenseront jamais les frais ci-dessus mentionnés.

Quell comptable avons-nous envoyé pour discuter et signer ce contrat vraiment très défavorable pour les cantons frontaliers? *Octopus, le 10. 5. 02*

# Expo-Besuch – Nein Danke!

Ich werde die Expo.02 sicher nicht besuchen, selbst wenn für mich als Grossrat der Besuch am 1. Juni, dem «Aargauer Tag» an der Expo, gratis wäre. Ich habe nämlich absolut keine Lust mich zu ärgern. Weshalb: Die Expo 1964 war noch knapp akzeptabel, aber nur deshalb, weil der Armee-Pavillon die damalige Ausstellung auf ein annehmbares Niveau gehoben hat. Diesmal hat die Expo.02-Leitung der Armee kein eigenes Projekt erlaubt – für Ordnungsdienst und wohl auch für Aufräum- und Putzarbeiten wird sie wohl gern missbraucht werden. Das ist natürlich nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, aus welcher politischen Ecke Pipi Lotti Rist (nomen est omen) und Jacqueline Fendt kommen.

## Skandal von Sevilla

Seit 1964 kam dann der Skandal von Sevilla 1991, wo unsere unkulturschaffenden Schweizerhasser die Schweiz vor der ganzen Welt lächerlich gemacht haben mit ihrem Slogan «La Suiza no existe» (Die Schweiz existiert nicht). Von «Kultur»-Schaffenden kann man beim allergrössten Teil der heuti-



gen «Künstler» kaum reden – ihre grösste Kunst ist es, einen Dummen zu finden, der ihnen den Mist, den sie produzieren, abkauft. In Hannover machten unsere Unkulturschaffenden mit der «Holzbeige» auch keinen besonderen Staat; die meisten Besucher sollen nur gelacht haben – auch ein Weg, die Schweiz lächerlich zu machen. Zum Glück war dieser Pavillon so schlecht beschriftet, dass kaum jemand davon Kenntnis nahm. Die Expo.02 verspricht deshalb nichts Gutes. Die «geistige» Mentorin Pipi Lotti Rist ist zum Glück von der Expo-Leitung verschwunden, aber ihre «68-er»-Kumpanin Fendt ist immer noch am Ruder. Ihr kürzlich in den Medien veröffentlichter Ausspruch, sie wolle aus der Expo.02 den grössten multikulturellen Anlass der Schweiz machen, spricht Bände und für sich und gegen die Expo.02 und damit gegen die Schweiz, was ja das Hauptziel dieser Leute ist.

## 15 Millionen Franken für eine Wolke!

Hier nur ein einziges Beispiel für das zu erwartende «Niveau» der Ausstellung. Sage und schreibe 15 Millionen (= 15'000'000) Franken werden verschleudert für eine künstliche Wolke, wobei die dafür benötigte Energie wohl nicht mitberechnet ist.

Nun – um Wolken zu sehen, braucht man in der Schweiz meistens nur Richtung Himmel zu schauen. Und dies erst noch gratis!

## Mensch ärgere dich!

Deshalb, wer sich über eine weitere Verhöhnung der Schweiz ärgern will, der besucht die Expo.02. Ich, für meinen Teil, habe auch ohne Expo genügend Gründe, mich zu ärgern (und dies erst noch gratis) über: Unseren völlig unfähigen Bundesrat; über unsere Parlamentarier, die meist keine Volksvertreter, sondern Volksverächter sind, über unsere Medien usw., die fast alle ihre Bemühungen darauf ausrichten, unsere Heimat an EU, UNO usw. zu verkaufen.

*Dr. Dragan Najman, Baden*

## EXPO-Eröffnungsgejohle

Ich traute meinen Augen und Ohren nicht, als ich am Fernsehen mitansehen musste, was für ein absoluter Schwachsinn zur Eröffnung der EXPO.02 aufgeführt wurde. Wäre nicht ein Fernsehmoderator gewesen, der dann und wann erläutert hätte, um was es sich da handelte, so wäre mir dieses «Schauspiel» (oder wie immer man das nennt) noch viel unwirtlicher erschienen. Das Gejohle und Gekeife und das wild-chaotische umhertanzen auf den Bühnen machten einen halb verrückt. Aber wahrscheinlich bin ich zu dumm dafür, so etwas zu verstehen. Von einer EXPO-Eröffnung hätte ich etwas anderes erwartet. Ich denke da mit Wehmut an einige Olympia-Eröffnungsfeiern, die zwar auch sehr modern aufgemacht wurden, aber Inhalt hatten, der zum Land passte. Nach dem Motto, den Wilhelm Tell gabs nicht, den Zeus aber schon, haben sich die Verantwortlichen ein starkes Stück geleistet.

Eine EXPO-Eröffnung sollte fürs ganze Volk – oder zumindest für grosse Teile der Bevölkerung – etwas bieten. Ich bin mir aber sehr sicher, dass dies nicht der Fall war. Es mag der etwas abgehobenen politischen und kulturellen Klasse gefallen haben, was da «aufgeführt» wurde, der Bevölkerung aber bestimmt nicht. Hut ab, vor all den Parlamentariern, welche der EXPO weitere Kredite verweigern wollten. Zu schade, dass es zu wenige volksnahe Politiker gibt in Bern, sonst wären diese Steuergelder nicht gesprochen worden. Herausgeworfenes Geld! Ein beachtlicher Teil der Bevölkerung fühlt sich durch solche «Ereignisse» abgestossen, aber auch nicht ernst genommen und ausgegrenzt. Das ist nicht unsere Welt, das ist auch nicht unsere Schweiz! Mein Fazit, das ich schon lange gezogen habe, wurde am Eröffnungstag noch viel stärker bestätigt als ich es je hätte erahnen können: Ich gehe nicht an diese EXPO!

*Rudolf Keller, Frenkendorf*

## Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

### Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

## Renaturalisierung...

(ws.) Täglich propagieren Linke, Grüne und natürlich die «Umsatzsteigerer» offene Grenzen, mehr Einwanderung, mehr Einbürgerung und weniger «Angst vor Fremden» und verschweigen dabei, dass die Zustände längst gar nicht mehr vertretbar sind und sich alles ins total Negative (Schulen, Quartiere, Kosten, Kriminalität etc.) entwickelt hat. Vom Verlust der Natur, dem Aussterben von Tier- und Pflanzenarten wollen wir gar nicht reden. Doch dank amtlicher Planer und «Ingenieure» werden da und dort neue «Naturschutz-Quadratmeter» eingerichtet. Bäche werden für teures Geld wieder ein paar Meter offen geführt und viele andere, fragwürdige Alibiaktionen mit viel Medienklammer von den feinen Umweltschützern propagiert! Diese Damen und Herren sind zwar grün und links, propagieren die Multikultur und eine weitere, unsinnige Einwanderung in die «offene Schweiz» und zeigen ihr «grünes Äderchen» mit Hilfe unserer Steuerfranken und auf diese perfide Weise, damit sie später wieder Wahlchancen haben...

## Es wird dunkler...

(ws) Selbst in Dörfern fällt es auf, erst recht aber in grösseren Ortschaften, gar nicht zu reden in den Städten: Täglich wird es dunkler!

Da spazieren sie am hellichten Tage in schönsten Klamotten, laut diskutierend und gestikulierend in ihren fremden Sprachen: Die Afrikaner und dunkelhäutigen Gäste... Dabei gibt es sie gemäss unseren Gesetzen gar nicht! Jeder Asylbewerber muss nämlich sein Gesicht im nächsten Lande stellen, das demokratisch regiert wird! Aller spätestens wäre dies im Falle Schweiz Italien, Frankreich, Österreich und Deutschland. Stellen wir uns aber vor, wieviel demokratisch regierte Länder ein Angolaner passieren muss, bis er im Wunschlande im Herzen Europas angekommen ist? Was ist los mit unserem Bundesrate? Was tun unsere Organe und Verwaltungen? Warum erhalten wir Parkbussen und solche Dinge können täglich, ja stündlich geschehen? Leben wir in einer Bananenrepublik, werden unsere Gäste nicht täglich zahlreicher und lauter?

## Keine Solidarität mit der Solidaritätsstiftung

- Ich bestelle: \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_ SD-Sonderzeitungen «Nein zur Solidaritätsstiftung»
- \_\_\_\_\_ SD-Flugblatt A4 «Nein zur Solidaritätsstiftung»
- \_\_\_\_\_ Kleber gegen die Solidaritätsstiftung (von AUNS zur Verfügung gestellt)

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern